

# Kollektionspräsident

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Zeugpreis 1 RM. monatlich mit dem Postbezug • Das Einzelheft 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstermin Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibrundstr. 3

68. Jahrgang

Berlin, den 27. September 1930

Nummer 78

### Beachtet den § 17 unsres Verbandsstatuts

Mitglieder, die Konditionen in einem anderen Orte annehmen wollen, sind verpflichtet, vor Annahme der Konditionen über die betreffende Firma beim zuständigen Gewerkschaftsleiter (der für den neuen Standort zuständig ist) Erkundigungen einzuziehen. Die Auskunftserteilung dient lediglich dem Zweck, die Kollegen vor Schäden zu bewahren; sie darf aber nicht dazu führen, die Freizügigkeit innerhalb des Verbandsgebietes zu unterbinden. Bezirks-, Orts- und Spartenvorstände haben kein Recht zur Auskunftserteilung. Die Adressen der Gewerkschaften werden in bestimmten Perioden im „Korr.“ veröffentlicht. Die erhaltene Auskunft ist mit dem Postbezug dem Vorstand des neuen Standortes abzugeben.

### Notstandsbeihilfe!

Notstand! Welch ein hartes und bedeutungsvolles Wort. Dieses ist wohl allen denkenden Kollegen, als sie die Bekanntmachung des Verbandsvorstandes in Nr. 76 des „Korr.“ lasen, so recht zur Erkenntnis gekommen. Allenhalben sieht man heute von der Not des Volkes und von Maßnahmen zu ihrer Behebung. Bisher haben aber alle Vorschläge, welche von Seiten der verschiedenen Regierung (von der augenblicklichen haben wir als Arbeiter nicht viel zu erwarten) und von Seiten der Gewerkschaften gemacht worden sind, wenig oder gar keine praktischen Erfolge gehabt, weil dieselben von vornherein von einer an Zahl sehr geringen, aber sonst sehr mächtigen Klasse sabotiert wurden. Zum nicht geringen Teil sind gerade in unserem Gewerbe die in Arbeit befindenden, und vor allem die Kollegen **schuld**, welche in sogenannten „Fester“ oder „bauernder“ Kunst stehen, und unter diesen noch wieder besonders diejenigen, die den Staub ihrer Lehrtüde noch nicht von den Füßen geschüttelt haben. Anstatt die ihnen durch den Tarif geschaffenen Rechte in der jetzigen sogenannten Notzeit voll auszunutzen, und dadurch hier und da die Möglichkeit zur Einstellung eines Kollegen zu schaffen, sind dieselben jedzeit bereit, ihre Hände zur Leistung von Überstunden und zu sonstigen „Maßnahmen“ der Betriebsleitungen zu reichen, durch welche Einstellungen vermieden werden können.

Wer will diese von mir im Vorstehenden kurz geschilderten Verhältnisse bestreiten? Dieselben finden wir fast in jeder Druckerei in dieser oder jener Form. Es sind mir genügend Fälle bekannt, in denen trotz Überstundenstatistiken noch „lustig weiter geschuftert“ wird. Aus diesem Grunde, weil wir nicht imstande sind, die wahre Kollegialität auszubringen und unsern rücksichtslos auf die Straße geworfenen Kollegen die Möglichkeit nicht verschaffen wollen, daß sie wieder in den Produktionsprozess eingereiht werden können, sind wir auch gezwungen, Opfer zu bringen und dieselben Kollegen das zum Leben unerlässlichste zu verschaffen.

Darum stimme ich dem Verbandsvorstand rücksichtslos zu, wenn er Maßnahmen ergreift, welche geeignet sind, unsern bedauernswerten „Kollegen der Straße“ in etwas zu helfen und sein begonnenes Hilfswerk fortzusetzen. Die festgesetzten Sätze von 5, 7,50 und 10 M. sind auf keinen Fall zu hoch. Im Gegenteil! Ich hätte es lieber gesehen, wenn der Verbandsvorstand statt auf 30 Pf. direkt auf 50 Pf. gegangen wäre. Es wäre dadurch die Notwendigkeit einer noch-maligen Erhöhung vermieden worden, die sich meines Erachtens noch in ganz kurzer Zeit ergeben wird.

Hört! hört! wird man in Kollegenreisen sagen. Das ist mindestens einer von den „Besserbezahnten“, einer von den Kollegen, die das Glück haben, einige Mark über Tarif zu bekommen!

Kollegen! Ich verstehe bestimmt das Was eines Kollegen einschulden, welcher zum Minimum steht. Ich weiß genau, daß wir alle nicht auf Rosen gebettet sind. Aber Notzeiten verlangen besondere Maßnahmen, und unter diese Maßnahmen fallen auch besondere Opfer! Dieses von mir verlangte Opfer muß im Interesse unser „Armen der Armen“ freudig gebracht werden. Dadurch beweisen wir unsre „echte“ Kollegialität und zeigen auch gleichzeitig dem Unternehmern, daß wir nicht gewillt sind, ihnen auf Gnade oder Ungnade unsre auf der Straße findenden Kollegen in die Arme zu treiben. Wir wollen es nicht verzeihen, was das alte Sprichwort sagt: „Not bricht Eisen!“ Sind wir nicht bereit, unsern notleidenden Kollegen zu helfen, sie zu unterstützen und so vor dem Aussterben zu bewahren, so werden wir es bald erleben, daß dieselben, durch die Not gezwungen, zum Äußersten greifen werden,

und wie sich dieses dann auswirken wird, werden auch diejenigen Kollegen zu spüren Leibe gespürt haben.

Darum, Kollegen, appelliere ich hierdurch an euren Opfermut! Murret nicht, kürzt euer an sich schon geringes Taschengeld noch um einige Groschen und bringt den „Armen der Armen“ ein Opfer! Die Kollegen werden es euch bestimmt danken!

Recklinghausen.

R. W.

### Erstes Handsehtreffen im Gau Frankfurt-Hessen

Am 30. und 31. August 1930 fanden sich in Gießen die Handsehter aus dem ganzen Gaugebiet zum ersten Treffen zusammen. Den Auftakt bildete eine Vorstandskonferenz am 30. August, die von allen Vereinigungen innerhalb des Gaus besucht war. Die Gießener Kollegen hatten es sich nicht nehmen lassen, das Tagungslokal festlich herzurichten und allen anwesenden Vorständen eine geschmackvoll zusammengestellte Druckensmappe zu überreichen. Kollege Schneider (Gießen) der gastgebenden Vereinigung eröffnete die Konferenz mit einem herzlichen Willkommen. Für den Vorstand der geschäftsführenden Vereinigung begrüßte Kollege Manhold (Frankfurt a. M.) die Erschienenen und gab Aufschluß über den Zweck der Konferenz. Für den Vorstand des Gaus Frankfurt-Hessen entbot Kollege Hilsbecher Grüße, denen sich die Kollegen Hardt für den Bezirk Gießen, Gehmann für den Bezirk Frankfurt a. M., Felder für den Ortsverein Gießen und Köhler für den Bildungsverband anschloßen. Die Leipziger Handsehtvereinigung hatte durch den Kollegen Artur Wolfram auf brieflichem Wege der Tagung beste Wünsche und Grüße entboten. Den Geschäftsbericht des geschäftsführenden Vorstandes erstattete Kollege Manhold. Die Gießener Kollegen waren die ersten im Gaugebiet, die erkannt hatten, daß der Zusammenschluß in der Sparte der Handsehter nur zum Vorteil gereichen könne. Alle Versuche dieser Kollegen, auch in andern Druckorten die Spartenidee zu propagieren, scheiterten an der Interesselosigkeit der Handsehter. Erst der 14. Verbandstag brachte hier einen Wandel. Nach der offiziellen Anerkennung der Handsehterpartei durch den Verbandstag war es der Gauvorsitz, der den Kollegen Otto Fiedler für eine Vortragstreife durch das Gaugebiet gewann. Der Erfolg blieb nicht aus, denn heute bestehen Handsehtvereinigungen in Kassel, Fulda, Gießen, Friedberg-Bad Nauheim-Bugbach, Offenbach, Wehlar und Frankfurt a. M. Es ist begreiflich, daß die ersten Wochen dem inneren Auf- und Ausbau der einzelnen Vereinigungen gewidmet waren. Erst viel später wurde die Verbindung untereinander aufgenommen. Heute sind es bereits 600 Kollegen, die den Weg zu ihrer Sparte gefunden haben. Prozentual ausgedrückt aber erst 43 Proz. aller Handsehter im Gau, so daß noch viel Agitationsarbeit zu leisten bleibt, um dieses Ergebnis aufwärts zu entwickeln. In erster Linie muß versucht werden, in Marburg und Hanau der Spartenidee Eingang zu verschaffen. Tarifpolitisch bedeutet die Abänderung des Abs. 3 des § 7 des Mantelvertrages für unsre junge Sparte einen großen Erfolg. Wir beherzigt diese Abänderung war, beweisen einzelne Vorkommnisse in unserm Gau. Als weitere Erfolge sind zu buchen die bestimmte Fassung des § 8 und die Verbesserungen in der Anlage A. Die Zusammenarbeit mit den übrigen Sparten ist im allgemeinen als gut zu bezeichnen. Zur Erlangung einer Vereinsdrucksache hat die Handsehtvereinigung Frankfurt a. M. einen Wettbewerb ausgeschrieben, um auch von sich aus das Vereinsleben zu beschleunigen. Der Arbeitslosentage ist die größte Aufmerksamkeit zu widmen; denn im Gau hatten die Handsehter 63,5 Proz. aller Arbeitslosentage zu tragen. Das immer stärker um sich greifende Antreiberystem macht es uns zur Pflicht, Lohn und Leistung in ein gewisses Verhältnis zueinander zu bringen. Daraus entstehende Streitfälle könnten durch eine Berechnungskommission nachgeprüft werden. Deshalb wird die Schaffung einer solchen innerhalb des Gaugebietes zu einer unumgänglichen Notwendigkeit.

Den Kassenbericht, der gedruckt vorlag, erstattete Kollege Bähler. Bis zum 31. Juli 1930 waren an Einnahmen 459,10 M. zu verzeichnen, denen an Ausgaben 272,48 M. gegenüberstehen, so daß unsre Kasse am 1. August 1930 einen Bestand von 186,62 M. aufzuweisen hatte. Dieser Betrag ist jedoch durch die Ausgaben für das erste Treffen fast aufgebraucht worden.

Kollege Schneider (Gießen) ging auf die Berichte näher ein und schilderte verschiedene Differenzen in Maschinensehterfragen sowie Differenzen wegen angeblich ungenügender Arbeitsleistung. Er betonte ferner, daß Lohnfragen in Zukunft Organisationsfragen sein müssen. Sonderforderungen der Sparten in dieser Beziehung haben zu unterscheiden. In der weiteren Aussprache beteiligten sich noch die Kollegen Haupt (Gießen) und Wette (Kassel). Nach einem kurzen Schlusswort des Kollegen Manhold erfolgte die Abstimmung über verschiedene eingegangene Anträge. So forderte ein Antrag, daß der Drucksehterwettbewerb von der Ortsgruppe Stuttgart des Bildungsverbandes bewertet solle. Diefem Antrag wurde einstimmig entsprochen. Ein weiterer einstimmig angenommener Antrag erstickte dem Vorstand Entlastung und Dank für sein Wirken. Annahme gegen eine Stimme fand eine Resolution, die neben allseitiger Anerkennung tariflicher Bestimmungen die Bereitschaft zu kollegialer Zusammenarbeit seitens aller Sparten forderte.

Es folgten dann die Berichte der örtlichen Vereinigungen. Hügel (Offenbach) berichtete, daß sie ihre Arbeiten in enger Anlehnung an den Bildungsverband erledigen. Der Vorstand soll alles versuchen, um auch in Hanau und Marburg Sparten ins Leben zu rufen. Schneider (Gießen) wies darauf hin, daß am 25. Februar 1928 nach einem kurzen Reserat sich alle Handsehter-Kollegen in Gießen der Sparte angeschlossen hatten. Trotz wiederholter Anläufe sei es aber erst auf dem 14. Verbandstag in Frankfurt a. M. möglich gewesen, die offizielle Anerkennung zu erreichen. Wärmster Dank gebührt dem Kollegen Artur Wolfram (Leipzig), welcher sich die ganze Nacht in glühender Begeisterung unserer Sache gewidmet habe. Durch die Selbständigmachung von Wehlar hat Gießen an Mitgliedern verloren. Kollege Bayer (Fulda) berichtete von Versuchen, die Betriebe in Fulda mit christlich organisierten zu durchsehen. Alle derartigen Maßnahmen konnten dank engen Zusammenstehens aller Kollegen abgewehrt werden. Der Sparte gehören mit nur zwei Ausnahmen alle Handsehter an. Kollege Heber (Friedberg) konnte berichten, daß die dortigen Handsehter zusammen mit Bad Nauheim und Bugbach reiflos in der Sparte organisiert sind. Kollege Manhold (Frankfurt a. M.) bedauerte, gegenüber diesen Zahlen nicht mit gleichen aufwarten zu können. Dennoch konnte der Mitgliedsbestand von 68 in der Gründungsversammlung auf 293 im Augenblick aufwärts entwickelt werden. Die Arbeitslosigkeit ist in Frankfurt a. M. eine besonders süßbisse. So suchen gegenwärtig 200 Handsehter Lohn und Brot. Charakteristisch ist, daß der weitaus größte Teil aller Aussernenden sofort der Arbeitslosigkeit überantwortet wurde, 57 von ihnen gingen auf die Waage. Diese jungen Kollegen dem Beruf zu erhalten, hat sich die Handsehtvereinigung gemeinsam mit dem Bildungsverband, und dem Bezirksvorstand zur Hauptaufgabe gemacht. Durch die Abhaltung von Tageskursen in der Lehrwerkstatt der hiesigen Berufsschule soll der erste Versuch auf diesem Gebiete gemacht werden. Für die Zukunft ist die Aufstellung eines gemeinsamen Programms aller Sparten in Frankfurt a. M. beabsichtigt. Es sprachen dann noch einige Kollegen über Bildungsverbandsfragen und über Rundsendungen. Gehmann (Frankfurt a. M.) regte an, durch das Sammeln geeigneter Druckfächer in den Betrieben mit zur Zusammenstellung von Rundsendungen beizutragen. Hader (Gießen) bat, der Lehrlingsfrage künftig erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken, denn ein besonderes Kapitel bilde immer noch die leidige Kost- und Logisfrage. Gemäß einem Vorschlage des geschäftsführenden Vorstandes wird der bisherige Gaubeitrag, nämlich 5 Pf. pro Mitglied und Monat, beibehalten. Die erste Generalversammlung im Gau soll im Frühjahr kommenden Jahres in Frankfurt a. M. stattfinden. Der vorgeschlagene Delegationsmodus fand Annahme. Die Erlebigung der damit zusammenhängenden Fragen erfolgt durch die geschäftsführende Vereinigung nach Rücksprache mit dem Gauvorstand des Verbandes.

Unter Führung der Gießener Kollegen fand in der Frühe des Sonntags ein Spaziergang durch die Stadt statt, bei dem alle Sehenswürdigkeiten besichtigt wurden. Am 10 Uhr vormittags fanden sich dann im Gewerkschaftshaus zu Gießen Kollegen aus Gießen und sehr viele Kollegen aus dem Gaugebiet zu einer Wanderversammlung zusammen. Nach einem Vorpruch des Kollegen J. Elle (einem Handsehterinvaliden), vorgetragen von Fräulein Rissi Hardt, begrüßte Kollege Manhold die Erschienenen. Die Kollegen Hilsbecher als Vertreter des Gauvorstandes, Montarde

für den Bezirk Gießen, Wehrmann für den Bezirk Frankfurt a. M., Braun für die Maschinenvereine Gießen und Barmstadt für die Gießener Brudervereinigung erbotenen der ersten Wanderversammlung der jungen Handfegerparte herzlichste Grüße und wünschsten derselben einen guten Erfolg. Ein Telegramm der Zentralkommission gab derselben Hoffnung Ausdruck und erwartet von diesem Zusammentreffen, daß es der Spartenidee neuen Antriebs geben möge. Kollege Schneider (Gießen) gab dann einen kurzen geschichtlichen Rückblick und erwähnte, daß es bis zur Stunde erst 43 Proz. aller Handfeger für notwendig erachtet haben, sich ihrer Sparte anzuschließen. Zu dem Thema „Warum Handfegerparte?“ sprach Kollege Mahold. Die Gründung der Sparten überhaupt ist auf die technische Entwicklung zurückzuführen. Alle andern Berufsgruppen haben den Wert des engeren Zusammenflusses viel früher erkannt als die Handfeger. Heute gilt es nun, das Bekannte nachzuholen. Das Abhängigkeitsverhältnis von der Maschine wird ein immer größeres. Aus reinem Selbsthaltungstrieb müßten wir die Dinge mit offenen Augen betrachten und verfolgen. Es gilt, dem Handfeger wieder die Anerkennung als Qualitätsarbeiter zu verschaffen. Das darf sich aber keineswegs in einseitigen Forderungen auswirken. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß alle Sonderforderungen auch der übrigen Sparten zu unterliegen haben, um so zu einer Hebung des allgemeinen Lohnniveaus zu kommen. — Das Hauptreferat hatte Herr Redakteur Saterne übernehmen, der über Wirtschaftsfaschismus sprach. Er unterschied grundsätzlich zwischen politischem und wirtschaftlichem Faschismus. Während man den ersteren kennt und deshalb auch bekämpfen kann, ist das bei dem wirtschaftlichen Faschismus ungleich schwerer. Wenn wir auch keine Diktatur haben wie etwa in Italien, so sei doch die gegenwärtige geheime Auflösung der Verfassung keineswegs zu unterschätzen. Eine Diskussion fand nicht statt. Mit einem nochmaligen Hinweis auf die Verlängerung des Druckfachwettkampfs gab Kollege Mahold der Hoffnung Ausdruck, daß diese erste Veranstaltung reiche Früchte tragen möge. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf Sparte und Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Im Anschluß an die gemeinsame Mittagstafel pilgerte alles zur Liebigshöhe hinaus, wo die Gießener Kollegen alle die Voraussetzungen geschaffen hatten, um echte Kollegialität und den traditionellen Buchdruckerhumor zu ihrem Rechte kommen zu lassen. Man trennte sich in später Stunde mit dem Bewußtsein, daß auch der Handfegerparte in Zukunft noch eine bedeutende Aufgabe zufallen wird, und daß auch die Handfeger berufen sind, gleichberechtigt mitzukämpfen für die großen Ziele des Verbandes. — 9.

### Zweites Schlesiendes Handfegertreffen in Breslau

Auch diese Arbeits- und Festtage gehören nun der Vergangenheit an. Wochen der Vorbereitung waren erforderlich, um dieser Veranstaltung, die, je näher die Tage vom 6. und 7. September kamen, immer weiter über den zuerst geplanten Rahmen hinauswuchs, einen reibungslosen Verlauf zu gewährleisten. Bereits am Sonnabend trafen gegen 90 Personen ein. Teils um in erster Beratung während der einberufenen Vorstandskonferenz über den weiteren Ausbau und Aufbau unserer jungen Bewegung im Gau Schlesien zu beraten und zu anderen Tagesfragen Stellung zu nehmen, teils um in kollegialer Verbundenheit sich näher zu kommen, sich kennen zu lernen!

Als der Vorsitzende Kollege Feige die Konferenz im „Gewerkschaftshaus“ mit herzlichsten Worten der Begrüßung eröffnete, waren die Vorstände und Vertrauensleute aus Wunsiau, Glas, Glogau, Grünberg, Liegnitz, Neurode, Schweidnitz und Waldenburg vertreten. So mancher größere Drucker steht auch bei uns zur Stunde noch abseits, doch hegen wir begründete Hoffnung, daß auch diese Orte bald zu uns stoßen werden. In knapp zwei Stunden wurde gute Vorarbeit für die tags darauf stattfindende Wanderversammlung geleistet. Sämtliche Beschlüsse wurden nach ergiebiger Aussprache einstimmig gefaßt. Beschllossen wurde, ab 4. Quartal 1930 pro Mitglied ein Quartal einen Beitrag von 10 Pf. zur Finanzierung der Gauvereineigung an diese abzuführen. Wobei immer wieder betont wurde, daß dieser geringe Betrag ohne Erhöhung der örtlichen Beiträge getragen werden kann, um die Mitglieder nicht weiter zu belasten. Ferner wurde beschlossen, die nächste Wanderversammlung erst im Frühjahr 1932 in Liegnitz abzuhalten. Die Aussprache über die Tagesordnungspunkte „Referenten und Material“ und „Arbeitsgemeinschaften“ dürfte Anregung und Lichtspur sein für die Zukunft in den einzelnen Vereinigungen. Unter „Verschiebenem“ wurden verwaltungstechnische und agitatorische Fragen erledigt. Wenige Stunden kollegialen Beisammenseins, und schon ging es in die bereitgestellten Quartiere, um für den nächsten Tag gerüstet zu sein.

Am Sonntagmorgen brachten uns die ersten Züge weitere 320 Teilnehmer aus den Provinzorten. Sie wurden von Breslauer Kollegen an den einzelnen Bahnhöfen empfangen und nach dem Betrieb der „Neuesten Nachrichten“ gebracht. Sechs Führungen durch diesen modernen, auf voller technischer Höhe befindlichen Zeitungskern waren erster Programmpunkt. Die Kollegenschaft hatte sich bereitwillig zur Verfügung gestellt, um den Betrieb in Tätigkeit vorzuführen. Welchen Dank dafür! Nach diesem „Frühstück“ wurden die über 120 auswärtigen Damen in drei großen Autobussen zu einer herrlichen dreistündigen Rund-

fahrt durch Breslaus Sehenswürdigkeiten, Siebungen, Parks usw. unter kundiger Führung des Verkehrsamtes der Stadt Breslau „verlaben“. Nur ein Urteil hörte man nach Beendigung der Fahrt: „Es war herrlich!“ Zu gleicher Zeit wurden die Kollegen in bereitgestellten Straßenbahnen nach dem Sternensaal des Lunaparks abtransportiert, wo sich inzwischen die Breslauer Kollegen versammelt hatten. Trozdem die Stadt, hervorgerufen durch den sozialistischen Frauentag und die Landung des Zeppelins im Zeichen großen Verkehrs stand, klappte der Abtransport vorzüglich, auch einsehender strömender Regen konnte daran nichts ändern. Nachdem der Gesangsverein „Gutenberg“ Breslau mit Unterstützung Liegnitzer Kollegen zwei Chöre zu Gehör gebracht, eröffnete Kollege Feige die Zweite Wanderversammlung schlesischer Handfeger, indem er alle Erschienenen wie auch den Vertreter des Gau- und Ortsvorstandes und der Sparten und besonders Kollegen Wolfram (Leipzig) ein herzlichliches Willkommen entbot. Kurze Begrüßungsworte sprachen Gauvorsitzer Karl Fiedler, Ortsvereinsvorsitzender Fröh Sporn und als Vertreter der Sparten Kurt Steuer. Sie alle wünschten der Tagung einen guten Verlauf. Hierauf hielt Kollege Artur Wolfram ein Referat über „Gegenwartige Fragen für Beruf und Sparte“, nachdem er freundschaftliche Grüße der Leipziger Handfegervereinigung übermittelt hatte. Einleitend und rückblickend schilderte er in anschaulicher Weise den Beginn und die Weiterentwicklung der Technik in unserm Gewerbe, die nicht immer Freuden spender für einzelne Berufsgruppen zu sein braucht. Trozdem wäre es ein Übel, sich dieser Entwicklung entgegenzustellen, Anpassung sei das Gebot der Stunde! Die Verbreitung der Sechsmaschine, die in Zukunft noch weitere Gebiete der Satzherstellung erobern werde, wurde eingehend beleuchtet, wobei er besonders hervorhob, daß wir nicht darüber zu streiten hätten, wie dieser Satz ausfällt, sondern uns damit abfinden müßten, daß er überhaupt geliefert wird! Doch die technische Entwicklung trage ja die Schuld an der gegenwärtig katastrophalen Lage des Gewerbes und vor allem der Handfeger nicht allein. Ein unerwünschter Bundesgenosse sei aufgetaucht in der von den Unternehmern in bewußter Absicht und zu durchsichtiger Zweck herangezogenen übersteigerten Betriebsrationalisierung, die sehr zur Verstärkung der Krise beitrage und alle Berufstreue und alle Fortbildungsbemühungen zu erstören vermag. Gesunde Rationalisierung sei wohl in der Lage, das Gewerbe zu heben und allen Berufsangehörigen Nutzen zu bringen. Das gesamte Unternehmertum aber, und damit auch die Buchdruckerbetreiber, kennen nur eine Rationalisierung: auf Kosten der Arbeiter. Rückständigst wird durch intensive Anspannung der Arbeitskraft versucht, das Lohnkonto des technischen Personals auf ein Minimum herabzudrücken, um Sondergewinne und Sonderprämien herauszuschlagen. Immer wieder werde das Ansehen nach Abwärts getrieben. Dies sei nicht abzulehnen, schon aus Solidarität mit den langjährig aus dem Produktionsprozeß Ausgeschalteten, und nur in den dringlichsten Fällen im Rahmen der tariflichen Bestimmungen zulässig. Alle Disziplin unseres Gewerbes leiden gleichmäßig unter dieser Unternehmerwillkür, während die technische Entwicklung nur zu Lasten der beiden Hauptsparten, der Setzer und Drucker, gehe. Diese ernste Lage gelte es zu erkennen und weiteren Verschlechterungen gelte unser Abwehrkampf. Der Referent bewies in seinen weiteren Ausführungen zum Teil an Hand von Beispielen, wie die Sparte Aufbau, Hilfs- und Kleinarbeit für den großen Verband zu leisten habe, und daß wir wohl in der Lage seien, helfend, helfend einzugreifen. Vertrauensleute und Betriebsräte müßten noch mehr von der Kollegenschaft gestützt werden, um jeden Platz besetzen zu können. Leistung und Lohn ist in Einklang zu bringen, hier finden die zahlreicheren Berechnungskommissionen ein dankbares Feld der Betätigung. Tarifliche Kenntnisse sind erforderlich, und jeder einzelne Kollege muß durch Besuch der Kurse sich diese aneignen versuchen. Durch die Solidarität der arbeitslosen Kollegen sei es möglich gewesen, Lohnabwauferungen der Unternehmer ein Paroli zu bieten. Redner sprach dann noch kurz über den Maternaaustausch, der zu einem Anflug geworden sei, seine Bekämpfung sei vordringlichste Pflicht der Vereinigungen. Kurz wurde die Neufassung des § 3 Abs. 7 des Tarifs getreift und dabei kollegiales Zusammenarbeiten mit den Maschinensetzern und den Korrektoren gewünscht. Ausmerzungen aller Berufsfremden muß erstrebenswertes Ziel sein. Ein weiterer nicht zu unterschätzender Erfolg unserer jungen Sparte ist die Neuregung der Besetzungsposten, trotzdem gerade in diesem Falle noch lange nicht unsern Belangen Rechnung getragen werde. Zum Schluß sprach Kollege Wolfram noch über Zusammenfassung der Gewerkschafts- und Bildungsarbeit, Kurse, Lehrgänge usw. und streift kurz die vorliegende politische Situation. Mit einem Appell, die Zeichen der Zeit zu erkennen und bewußt auf dem bisher beschrittenen Wege weiterzuarbeiten, schloß der Referent sein wohlgedachtes und formvollendet vorgetragenes Referat. Im Schlußwort ging Kollege Wolfram noch eingehend auf die in der Aussprache durch die Kollegen Büffel, Steuer und Hanuschek aufgeworfenen Fragen ein. Der reiche Beifall bewies, daß die Versammlung mit den Ausführungen einverstanden war und gewillt ist, die Aufforderung, die Sparte der Handfeger zur Kerntruppe des Verbandes zu machen, zur Wirklichkeit zu verhelfen. Die übrigen Tagesordnungspunkte wurden in dem von der Vorstandskonferenz vorgeschriebenen Rahmen gutgeheißen. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf Sparte, Verband und Arbeiterbewegung schloß Kollege Feige die eindrucksvolle Versammlung. Anschließend fand die gemeinsame „Speisung“ von über 550 Personen statt. Wegen des auch weiterhin

schlechten Wetters wurden die zwischen Tafel und Buntem Abend geplanten Führungen durch den Zoo und Flughafen sowie verschiedene Spaziergänge regrettlich zu Wasser. Trozdem blieb die Stimmung auch weiterhin vorzüglich.

Gegen Abend füllte sich der große Saal des Lunaparks, einer der größten Säle Breslaus, von neuem mit den Teilnehmern. Bei Konzert (Lunaparkorchester), Gesang (Gesangsverein „Gutenberg“) und Darbietungen des Lunapark-Varietés veranlassen die wenigen noch verbliebenen Stunden viel zu schnell. Fast zu spät kam der Tanz zu seinem Recht. Und schon mußten die ersten Teilnehmer (die Grünberger) in ihren Autobus steigen, um in 5½stündiger Fahrt der Heimat zuzufahren. Und Stunde um Stunde verrann, und Stunde um Stunde ging das Abschiednehmen weiter, und immer größere Lücken wurden gerissen in die fröhliche Runde. Bis zuletzt nur die bekannten Breslauer Gesichter verblieben.

Das Zweite Schlesiendes Handfeger treffen gehört der Vergangenheit an. Der Wettermacher war uns nicht einen Augenblick hold, und trotzdem wird der 7. September 1930 allen Teilnehmern noch lange, lange in Erinnerung bleiben. Denn es war ein Erfolg!

### XI. Internationaler Buchdruckerkongress Dritter Verhandlungstag (Schluß)

Zur Beratung gelangt Punkt 7 der Tagesordnung: „Der Austausch junger Gesellen“. Das einleitende Referat hält Kollege Krauß, der seine interessanten Ausführungen mit einem geschichtlichen Abriss über die Wandererschaft einleitet, wie sie von altersher, besonders bei den Buchdruckern, üblich war. Dann legt er ausführlich dar, daß der Plan, alljährlich eine Anzahl junger Gesellen von Land zu Land auszutauschen, ihnen dabei im fremden Lande eine Existenzsicherung zu geben, mit dem alten Brauch des „Walzens“ in enger Verbindung steht. Weiter führt er dazu u. a. aus:

Vor dem großen Kriege, der hinter uns liegt, hat das Wandern viele junge Buchdrucker über die Grenzpfähle ihres Landes hinausgeführt, ist ihnen dadurch das Verständnis für eine fremde Welt eröffnet und in ihnen der Gedanke der internationalen Brüderlichkeit gefestigt worden. Es wäre nur zu begrüßen, wenn dies auch künftig wieder in gleichem Maße der Fall sein könnte. Denn Lernen und Bildungstrieb, der Wunsch, sich fremde Sprachen anzueignen und sein fachliches Wissen zu bereichern, ist es doch, was den jungen Menschen zur Fahrt in fremdes Land immer erneut antreibt. Was es bei der vor dem Kriege geltenden völligen Freizügigkeit leicht, Wanderlust und Sehnsucht nach der weiten Welt zu stillen, besonders wenn man überall auf hilfsbereite Kollegialität wie bei uns Buchdruckern rechnen konnte — vorausgesetzt, daß die Organisationsausweise in Ordnung waren —, so hat sich doch heute darin vieles geändert. Wir haben zwar durch die Beschlässe des X. Internationalen Kongresses in Paris bestmöglich die Ausrichtung des Statutums die Wandererschaft erneut gestützt, wir wollen, daß dem reisenden Kollegen auch überall im Auslande die brüderliche Hilfe zuteil werde, auf die er in seinem Heimatlande Anspruch hat, denn auf dem Fundament dieser gegenseitigen Hilfe ist einst vor vierzig Jahren unsere Internationale aufgebaut worden. Es hieße aber Vogel-Strauß-Politik treiben, wenn man um der Konservierung des Alten willen an der neueren Entwicklung der Dinge vorbeistehen wollte. Nicht nur, daß in der Zeit des Autos und Motorrades die Postle der Landstraße zu kümmerlichen Ketten herabgesunken ist und manche „Walze“ mehr auf Verkehrsmitteln als auf Schulters Rappen zurückgelegt wird, sondern es sind auch andre Hemmnisse eingetreten, die ein Hinüberwechseln in ein andres Land erheblich erschweren. Nur selten dürfte es heute jemand gelingen, von der Reise aus im fremden Lande Arbeit zu erhalten, ohne daß unendliche behördliche Schwierigkeiten entgegenstehen, die dem reisenden Kollegen zu überwinden glatt unmöglich sind. Fast alle europäischen Staaten haben zum Schutze der einheimischen Arbeitskraft gesetzliche Schranken aufgerichtet, die eine Sechsmachung landfremder Arbeitskräfte verhindern oder doch erheblich erschweren sollen. Es würde unfruchtbar sein, hier darüber zu diskutieren, ob solche Gesetze zwingende Notwendigkeit waren, ob ihre restlose Beseitigung heute schon möglich ist oder nicht, da wirtschaftliche, politische, arbeitsrechtliche und sozialversicherungsrechtliche Gesichtspunkte hierbei eine große Rolle spielen. Genug, wir haben mit einer Lastfrage zu rechnen, der wir auf andern Wege begegnen müssen. Aber es ist wirklich nicht einzusehen, daß die Gründe, die zur praktischen Aufhebung der Freizügigkeit in Europa geführt haben, auch Lerntrieb und Bildungsstreben durch Betätigung im Auslande gänzlich unterbinden müssen. Keine Volkswirtschaft wird davon Schaden haben, wenn in ständigem Wechsel junge Handwerker, Techniker und Kaufleute gegenseitig lernen und befruchtend in den verschiedensten Produktionszweigen der einzelnen Länder wirken können. Deshalb brauchen wir eine zeitgemäße Ergänzung des bisherigen Wanderns, bei dem der einzelne immer nur auf eine Zufallsbeschäftigung im Auslande rechnen kann, durch eine ordnungsmäßige Überleitung lernbegieriger Kollegen in zeitlich begrenzte Arbeitsverhältnisse im wechselseitigen Verfahren, also dem Austausch bestimmter Gesellen von Land zu Land durch Vermittlung der fachlichen Organisationen und unter rechtlicher Eingliederung in die für jedes Land maßgebenden tariflichen, arbeits- und sozialrechtlichen Verhältnisse. Seit mehreren Jahren schon wird dieser Gedanke erwohrt, auf mehreren Konferenzen der Internationale haben Erörterungen darüber stattgefunden, die sich schließlich in Genf 1929 zu dem Auftrag an unser Internationales Sekretariat verdichteten, an die Landeszentralen heranzutreten, um sie zu veranlassen, mit ihren Prinzipalorganisationen sowie den Behörden ihres Landes in Verbindung zu treten zwecks Unterstützung und Förderung eines solchen Austausches.

Nun ist diese Idee des Austausches bildungsbegehrter werttätiger junger Leute als Ergänzung der freien unge-

regelten Wanderung nicht etwa eine Patentlösung, auf deren Erfindung die Buchdrucker Anspruch erheben könnten. Gegenüber den in der Nachkriegszeit in den meisten europäischen und außereuropäischen Ländern hervorgetretenen Bestrebungen, durch gezielte Bestimmungen den heimischen Arbeitsmarkt vor einer Überlastung mit ausländischen Arbeitskräften zu schützen, hat sich seit einigen Jahren wieder der Gedanke Bahn gebrochen, wenigstens für gewisse Gruppen von Arbeitnehmern, für die die Kenntnis fremder Sprachen und fremder Berufstätigkeit von besonderer Bedeutung ist, Erleichterungen für die Arbeitsaufnahme im Ausland zu schaffen. Auch internationale Organisationen, wie z. B. die internationale Handelskammer, haben diesen Gedanken erörtert und ihm in Entschuldigungen Ausdruck gegeben. Die deutsche und die französische Regierung haben zu seiner Verwirklichung bereits im September 1928 durch Notenaustausch eine Vereinbarung in Kraft gesetzt, die ohne Rücksicht auf die Arbeitsmarktlage in jedem der beiden Länder gegenseitig ein jährliches Kontingent von 500 Arbeitnehmern zulässt. Diese Vereinbarung erstreckt sich auf das Hotel- und Gastwirtspersonal mit etwa 200, für kaufmännische und technische Angestellte mit etwa 200 und für Facharbeiter mit etwa 80 Zulassungen. Bedingung ist, daß die Bewerber ihre beruflichen und sprachlichen Kenntnisse erweitern wollen, auch soll die berufliche Ausbildung des Bewerbers im Heimatlande bereits abgeschlossen sein und dieser auch schon einige Jahre praktische Tätigkeit im Inlande nachweisen können, wie überhaupt Wert darauf gelegt werden soll, daß nur entsprechend qualifizierte Bewerber zugelassen werden. Diese deutsch-französische Vereinbarung sieht keine Arbeitsvermittlung, sondern nur eine erleichterte Zulassung von Arbeitnehmern beider Länder vor. Bis Mitte des vorigen Jahres waren etwas über 100 Deutsche in Frankreich in Arbeit getreten. Die Aufenthaltsdauer ist auf ein Jahr beschränkt, sie kann in besonderen Fällen auf anderthalb Jahre erweitert werden; das Alter soll grundsätzlich 30 Jahre nicht überschreiten. Eine einigermaßen normale Entlohnung ist weiter zur Bedingung gemacht. Mit einer Reihe anderer Staaten haben Erörterungen über ähnliche Abkommen stattgefunden, sie sind aber bisher noch ohne Erfolg geblieben. Insbesondere verhält sich England sehr ablehnend, und auch die Schweiz zeigt kein besonderes Interesse. Dagegen fällt, soweit ich informiert bin, der Gedanke der staatsvertraglichen Regelung des Austausches auf günstigen Boden in der Tschechoslowakei, in den Balkanländern und zum Teil in den skandinavischen Staaten. Allein mit Holland bedarf es keines besonderen Abkommens, da zu diesem Lande volle Freizügigkeit besteht. Die deutsche Reichsregierung will weiter bemüht bleiben, entsprechende Abkommen abzuschließen. Besonders angeregt hierzu hat auch noch der deutsche Reichswirtschaftsrat, der sich in seinem Sozialpolitischen Ausschuss Ende vorigen und Anfang dieses Jahres eingehend mit dieser Materie befaßt hat, und zwar geschah dies auf Initiative eines Vertreters der Arbeitgebergruppe. Bei Beratung der Angelegenheit sind alle Gesichtspunkte erörtert worden, die irgenwie dabei von Bedeutung sind. So zum Beispiel die etwaige Gefahr einer unerträglichen Einwanderung fremder Arbeitskräfte und deshalb Beschränkung der Zulassung auf bestimmte Höchstzahlen, die Beförderung eines Lohnrückfalls durch fremde Kräfte im fremden Lande, die rechtliche Stellung der fremden Kräfte zu den sozialen Versicherungs- und Fürsorgeeinrichtungen der Länder, Reiseerleichterungen durch Verbilligung, Ausweisarten, Ausschluß ungelernter Arbeiter und andres mehr. Das Ergebnis der Beratung war folgende einstimmig angenommene Entschließung: „Die Reichsregierung wird erlucht, zur Förderung der Fortbildung der gewerblichen und kaufmännischen Jugend, insbesondere der jungen Handwerksgehilfen, industriellen Facharbeiter, Kaufleute und Techniker, Köche und Gasthausangestellten in Verhandlungen mit den außerdeutschen Staaten einzutreten, damit die bestehenden Einschränkungen der Freizügigkeit so gemildert werden, daß der gewerblichen und kaufmännischen Jugend im Alter bis zu 30 Jahren die notwendige Berufsbildung in anderen Ländern ermöglicht werden kann.“

### 40 Jahre Volksbühnenbewegung

In diesen Septembertagen kann die Berliner Volksbühne auf eine 40 jährige erfolgreiche Arbeit, die der kulturellen Auflockerung und Freiwerdung der deutschen Arbeiterschaft diente, zurückblicken. Da dies aber nicht nur ein Ereignis von lokaler Bedeutung ist, so muß dieses Jubiläum gleichzeitig als das 40. Jubiläum der deutschen Volksbühnenbewegung überhaupt angesehen werden. Von Berlin nahm sie ihren Ausgang, und in Berlin wurden von vierzig Jahren die ideellen und organisatorischen Grundlagen jener gewaltigen Kulturbewegung des deutschen Proletariats gelegt, die heute aus der Kulturgeschichte des deutschen Volkes, der modernen Volkserziehung und der Theaterkultur, nicht mehr fortzubedenken ist. Hervorgegangen ist die Volksbühne aus jenem kleinen illegalen Debattierklub „Alte Tante“, der im Anfang des Jahres 1890 mit Bruno Wille, dem Vorkämpfer der jungen Dichter des Naturalismus, Verbindung suchte, um gemeinsam eine Möglichkeit ausfindig zu machen, die auch den Arbeitern Gelegenheit geben sollte, der aufstrebenden Bewegung eines neuen Kultur- und Kunstwillens, der Wahrheit und Freiheit auf seine Fahnen geschrieben hatte, Mitstreiter und Mitarbeiter zu werden.

Schon im März des Jahres 1890 veröffentlichte Bruno Wille, vom Vertrauen, das ihm diese Arbeiter entgegenbrachten, beglückt und von der Dringlichkeit des Vorhabens im tiefsten überzeugt, jenen denkwürdigen Aufruf im

**Was erfordert unsere Zeit?**  
Weltbürgerliches Denken vor allem! Das literarische Programm der Göttinger Göttinger enthält die besten Namen der Weltliteratur

Erfolge haben soll. Die Wäde in allen staatlichen Vereinbarungen bleibt die Arbeitsvermittlung für den Ausländer. Soll der Wanderlustige sich selbst eine Stellung suchen, so wird ihm dies in den wenigsten Fällen gelingen und auch die Organisationen würden dies in vielen Fällen nicht billigen können. Mißbräuche, Ausnützung Unwissender, Gefährdung von Organisationsinteressen könnten die Folge sein. Wollen wir deshalb beruflich einen Austausch organisieren, so müssen wir es unter Ausschaltung aller solcher Möglichkeiten tun. Wir werden zu einer Freimachung geeigneter Stellen nur Mann gegen Mann kommen können. Die Übernahme eines ausländischen Gehilfen, der nur mit mangelhaften Sprachkenntnissen ausgerüstet ist, legt zweifellos auch dem Prinzipal zunächst ein Opfer auf. Einige Elementarkenntnisse der Sprache des fremden Landes wird zur Ausübung des Buchdruckerberufs ohnehin erforderlich sein für den Bewerber sein müssen, ganz besonders sehr in Frage kommen, während Maschinenführer ohne fortgeschrittene Sprachkenntnisse wohl überhaupt ausgeschlossen bleiben würden. Drucker, Stereotypenre, Galvanoplastiker, Schriftgießer und andre könnten wohl eher auch mit mangelhafter Sprachkenntnis ihre berufliche Tätigkeit verrichten, wenn ihnen hilfreiche Kollegialität zur Seite steht. Immerhin wird ein gewisses Minimum in der Leistung für eine gewisse Zeit bei allen vorhanden sein, das aber nicht zum Anlaß genommen werden darf, die Erstlings des Austauschgehilfen durch untertarifliche Bezahlung zu gefährden. Die Eingliederung in die Tarifordnung des fremden Landes müßte also die sine qua non für alle Austauschgehilfen sein. Als Druckermeister für Austauschgehilfen dürften meines Erachtens überhaupt nur leistungsfähige Betriebe der größeren Städte eines Landes in Frage kommen, die den Gehilfen davor bewahren, statt Fortbildung Rückbildung zu genießen. Erst aus der Erfahrung heraus werden sich Zweckmäßigkeitsformen gestalten; die Hauptsache bleibt, daß allseitig guter Wille dazu die Wege ebnet.

Wie steht es aber nun mit den bisherigen Bemühungen, den Austausch vorzubereiten durch die Erkundung der Meinungen unserer Verbände, der Stellung der Prinzipalsorganisationen und der Ländersekretariate? Ihnen allen ist ja die Zusammenstellung des Sekretariats über die Anfrage zugegangen. Das Ergebnis ist im ganzen gesehen nicht übermäßig ermutigend, im einzelnen dagegen doch wieder erfreulich. Mit schrankenlosem Optimismus brauchte man nach Lage der Verhältnisse die Sache von vornherein nicht zu betrachten. Ein altes Sprichwort trifft hier den Nagel auf den Kopf: „Alles Anfang ist schwer.“ Aber gerade deshalb wollen wir anfangen, die noch vorhandenen Schwierigkeiten zu überwinden und die „Beginnen“, wo der Anfang heute schon möglich ist.

Bei einem Teil der Verbände besteht große Sympathie für die Sache, man will möglichst schnell und ernstlich an die Verwirklichung des Planes gehen, ein anderer Teil befindet sich zögernder Neigung dafür, stellt Schwierigkeiten in den Vordergrund und möchte die Entwicklung der Dinge zunächst noch aus der Perspektive des Zufuhlers betrachten. Was die direkt ablehnenden Verbände betrifft, so ist zu sagen, daß ihre Gründe keine durchschlagenden sind. Durch den geplanten Austausch von Gehilfen in zeitlich begrenzter feste Stellungen soll in keiner Weise die freie Wanderbarkeit unterbunden werden. Das war auch der Standpunkt der Erweiterten Sekretariatskommission in den Interlaten, und ich bin beauftragt, dies hier auf dem Kongress ausdrücklich festzustellen. Aber gerade weil so viele beherrschende Schranken der Freizügigkeit entgegengestellt worden sind, die wir schrittweise beseitigen müssen wieder niederzulassen, und weil im Wandel der Zeit auch die Landstrafenwanderbarkeit ihr Gesicht verändert hat, deshalb ist ja das Bedürfnis nach ihrer Ergänzung entstanden. Und nichts weiter ist zunächst beabsichtigt. Alle Zeiterscheinungen sind aus der Entwicklung geboren und ändern sich mit ihr. Im Zeitalter des sozialen Fortschritts, in dem wir leben, mit seiner ausgedehnten staatlichen, gewerkschaftlichen und parteipolitischen Jugendpflege, mit viel-

seitiger Jugendbildung, mit Jugendsport und Jugendwandern, mit gefestigter oder tauffähiger Ferienregelung, im Zeichen fortgeschrittenster Verkehrstechnik und Verkehrsverbilligung kann das Wandern namentlich auf die Großstadtlage nicht mehr den Reiz ausüben wie vor 40 oder 50 Jahren. Die Bildungsmöglichkeiten sind auch für den arbeitenden Menschen andre und unendlich viel reichere geworden. Verlernen wir nicht, daß der Gedanke des Gehilfen austausches, der ja noch in den Anfängen steht, und diese Anfänge werden zunächst bescheiden sein, für die Zukunft fruchtbar gemacht werden kann. Würde er sonst schon so viele Köpfe ergreifen haben, Regierungen und internationale Vereinigungen und auch das Internationale Arbeitsamt beschäftigen, wenn er für die Zukunft so ganz und gar bedeutungslos wäre? Vielleicht ist die Zeit, nicht mehr fern, wo auch dem Volksschüler durch ein längeres Schulalter als bis zum 14. Lebensjahr reichere Wissensquellen erschlossen werden und in allen Volksschulen Sprachunterricht obligatorischer Unterrichtsgegenstand wird. Eine Überleitung von Arbeitsträften von Land zu Land zur Vervollständigung in der Entwicklung stehender Menschen würde dann leichter vorantreiben gehen, Bitterverständigung und Bitterverdrüderung kräftigen Austrieb erhalten. Sind das auch vorläufig noch Wunschträume, so sehen wir doch schon eine Reihe von Anfängen solcher neuen Gestaltungen. Ferienaustauschklubs, Schüler- und Studentenaustausch, bestehen diese Dinge nicht schon? Und ist nicht jüngst erst die Idee der Vereinigten Staaten von Europa in das Licht politisch-internationaler Diskussion gerückt worden? Also möchte ich resümierend sagen: Sehen wir über den Tag der Gegenwart hinaus; was wir beginnen wollen ist ein Stückchen Zukunftsarbeit, das nicht nur dem einzelnen dienlich ist, sondern künftig allen nützlich kann. Helfen wir auch von Arbeiterseite mit, die unattraktiven Schlagbäume zu beseitigen, die der unselbige Welt fordert. Dafür gibt es keine Mittel der Gewalt, aber den Appell an den guten Willen und das Bestehen für die Bedürfnisse der Zeit! Die Internationale der Buchdruckerbesitzer, die ja erst einige Jahre besteht und ihren Sitz jetzt in Deutschland hat, wird, wie ich sicher glaube, sich der Idee des Austausches nicht so verschlossen zeigen, wie es nach den Äußerungen mancher unserer Verbände der Fall zu sein scheint. Allerdings werden an das Zusammenwirken der Prinzipals- und Gehilfenorganisationen gewisse Voraussetzungen geknüpft, die heute hier erörtert werden müssen. Was den Austausch Mann gegen Mann betrifft, den ich bereits erwähnte, so wäre denkbar, daß zunächst nur ein ganz beschränktes Kontingent zwischen einzelnen Ländern, die sich beteiligen wollen, festgelegt werden würde, daß ferner nicht wahllos jeder beliebige reisefähige Kollege für den Austausch in Frage käme, sondern nur solche Leute, die auf Grund ihrer Kenntnisse und Qualifikationen für eine Weiterbildung im Auslande besonders geeignet erscheinen. Gehilfen- und Prinzipalsorganisationen des einzelnen Landes müssen hier zusammenwirken, um die entsprechende Auslese zu treffen. Ebenso müßte die Verteilung der Austauschgehilfen auf die in Frage kommenden Betriebe verständnisvollem Zusammenarbeiten der Organisationsorgane der Prinzipals, seiner Austauschgehilfen in einem bestimmten Betrieb des andern Landes unterzubringen, weil dieser Betrieb für den zu entsendenden Gehilfen besondere Eignungen zur Fortbildung bietet, zu berücksichtigen sind.

Es ist sehr dankenswert, daß das Internationale Arbeitsamt unmittelbar vor unserm Kongress einen Aufruf in der „Internationalen Rundschau der Arbeit“ erscheinen ließ, der über den Austausch junger Arbeiter die hierüber bereits bestehenden Verträge zwischen einzelnen Ländern wertvolle Aufschlüsse gibt. Neben dem bereits von mir näher beleuchteten deutsch-französischen Vertrag bestehen also schon eine Reihe weiterer Verträge zwischen verschiedenen Ländern, die in erster Linie das Hotel-, Gastwirts-, Freizeitsgewerbe und die Landwirtschaft betreffen. In der Veröffentlichung des Internationalen Arbeitsamts wird nun gesagt, daß es nicht ratsam sei, den Grundbaß der Gegenseitigkeit auf ein individuelles Austauschsystem einzugrenzen. Eine besondere Mißsprache mit dem hier anwesenden Vertreter des Internationalen Arbeitsamts veranlaßt mich zu der Kommentierung meiner Ansicht über den Austausch Mann gegen Mann, daß darunter nicht zu verstehen ist, der Austausch von Mann gegen Mann und von Arbeitsplatz zu Arbeitsplatz, sondern lediglich der Austausch von Arbeitsträften Zahl gegen Zahl von einem Land zum

„Berliner Volksblatt“ (dem heutigen „Vorwärts“), der erste pionierhafte Vorstoß zur Gründung einer Freien Volksbühne aus der Kraft und dem kulturellen Eroberungswillen der Arbeiterschaft gewesen ist. Darauf folgte am 8. August des gleichen Jahres in einer Versammlung im böhmischen Brauhaus in Berlin, die von 2000 Menschen besucht war, die Gründung des Vereins. Mit einer „öffentlichen deklamatorischen Vorlesung des Herrn Oberregisseurs Günter“ wurde am 17. September 1890 die Tätigkeit des Vereins eröffnet. Im Berliner Ostend-Theater in der Großen Frankfurter Straße (dem heutigen Rosa-Theater) fand am 18. Oktober 1890 die erste geschlossene Theateraufführung statt. „Wissens sozialistisches Stück, Die Stützen der Gesellschaft“, der den Sieg der jungen Dichtung des Naturalismus herausbeschwor, wurde gespielt. Richard Dehmel hatte zu dieser ersten Eröffnung einer kulturellen Großtat der bisher nur im politischen Kampf bewährten Arbeiterschaft (annähernd 1 1/2 Millionen Stimmen hatte gerade die Sozialdemokratie erobert) einen Prolog gedichtet, der von ihm selbst gesprochen wurde. Dehmel, der übrigens aus einer Zeit der Leitung des Vereins angehörte, hatte, wie viele Dichter, Kritiker und Theaterfachleute am Ende des vorigen Jahrhunderts, die Vertreter einer damaligen radikalen Literatur waren, wie Otto Brahm, der unvergeßliche Führer einer neuen Theaterkultur, Gerhart Hauptmann, Erich Otto Hartleben, Hermann Sudermann, Heinrich und Julius Hart u. a. die Anfänge eines praktischen Idealismus durch begeisterte

Anteilnahme unterstützen helfen. Von Anfang an war wahre Demokratie das aufbauende Prinzip der Bewegung, das sich auch in technischer Beziehung durch das noch nicht erprobte System einer Kapazitätslösung und durch den geringen Eintrittspreis von 50 Pfennigen kundtat. Diese erste Theateraufführung, die sich die Arbeiterschaft, von denen wohl viele zum ersten Male von der Gewalt eines künstlerischen Erlebnisses berührt wurden, selbst ermöglichte, war ein Ereignis von kulturhistorischer Bedeutung. Denn damit bewies sie, daß sie auf dem Wege war, parallel zu der politischen und wirtschaftlichen Rechtsveroberung auch den Anspruch an den Gütern der Kultur, die ihr durch die Macht des Obrigkeitsstaates und des Besitzbürgertums vorenthalten wurde, zu erkämpfen. Obwohl ohne großen Aufwand an prominenten Darstellern und Regiemitteln gespielt wurde, ist der beeindruckende Ernst und die Singabe von vielen Zeitungen von der Öffentlichkeit anerkannt und sogar begrüßt worden. Ein Teil der bürgerlichen Presse glaubte zwar, was vorauszuweisen war, durch oberlehrerhafte Überheblichkeit die Bedeutung unterschätzen zu müssen, ein anderer sah darin von vornherein eine sozialdemokratische Provokation. Ferner bezweifelte man auch, daß es vor allem Arbeiter waren, die diese Aufführung füllten. Der Berichterstatter der „Münchener Allgemeinen Zeitung“, der behauptete, „nur einen“ wirklichen wachsenden Proletarier gesehen zu haben (den er sich wohl nur im Knäpfling und roter Ballonmütze vorstellen konnte), mußte sich durch die bald darauf erfolgte Verurteilung, die

andern. Aber auch hierin glaubt der Vertreter des Internationalen Arbeitsamts ein Hindernis für die Zusage des von uns geplanten Austausches von Gehilfen von Land zu Land zu sehen. Und er hat nach den mir von ihm geschilderten bisherigen Erfahrungen damit gewiß nicht unrecht. Es wäre also nach seiner Meinung lediglich die Festlegung einer Austauschquote zwischen den einzelnen dafür in Frage kommenden Ländern nötig. Ob diese Quote dann von dem einen Land voll, von dem andern dagegen nur zum Teil ausgenutzt wird, dürfte keine Rolle spielen. Finden sich beispielsweise bei einem Austausch zwischen Deutschland und Frankreich mehr Wanderungslustige aus dem einen als aus dem andern Lande, so darf die Quote deshalb keine Einengung erfahren. Ich möchte mich nach freier Überlegung dieser Ansicht anschließen. Stößt sie hier beim Kongress nicht auf Widerspruch, so könnte so verfahren werden. Zusammenfassend ist zu sagen, daß die Hilfe der Prinzipale für den Austausch gesichert erscheint, wenn unterdessen den von ihnen geäußerten Wünschen entgegengekommen wird. Ob und wie weit wir das können, wird Gegenstand Ihrer Erwägungen in der Diskussion sein. Ist eine Abereinmigung zu erzielen, dann sollten wir anfangen, eben nun schon seit über zwei Jahren diskutierten Plan in die Wirklichkeit umzusetzen, der für die Zukunft hohe ideale Werte in sich birgt, der ausbau- und entwicklungsfähig ist und dem arbeitsergebe keine Abneigung aus kleinlichen Gründen gezeigt werden sollte.

Angesichts der noch ungeklärten Meinungen lege ich Ihnen keine Entscheidung vor, es wird noch immer im Verlaufe unserer Tagung möglich sein, den Meinungs- ausdruck des Kongresses zusammenzufassen. Ich möchte schließlich mit einigen Sätzen aus der Begründung zu der in der Austauschfrage von Deutschen Reichswirtschaftsrat beschlossenen Resolution: „Das Wissen und Kennen von Ländern, Völkern, ihrer Handwerkskunst, ihrer Technik, ihren Rohstoffen und ihren Methoden ist persönlicher Stolz und unerschütterliches Vermögen für jeden Handwerker und Techniker. Es ist daher notwendig, daß möglichst alle Schwierigkeiten, seien es gesetzliche Verbote, behördliche Verordnungen, Vereinbarungen in den Handelsverträgen oder sonstige administrative Behinderungen beseitigt werden, um den von jedermann gewünschten Bildungsbestrebungen der Jugend wieder freie Bahn zu verschaffen.“ Wir aber wollen nun versuchen, in diese Allgemeinbestrebungen aktiv einzugreifen dadurch, daß wir, tatfreudig wie die Buchdrucker immer waren, für unsere Buchdruckerjugend den Austausch selbst in die Hand der Organisation nehmen, in der Hoffnung, daß damit die internationalen Bande, die uns seit 40 Jahren vereinen, weiter geknüpft und gefestigt werden! (Mitschrift Beifall.)

Bei Eröffnung der Aussprache über dieses Referat weist Vorsitzender Schumpff darauf hin, daß es sich im Plenum vorerst nur um die grundsätzliche Stellungnahme zu der Austauschfrage handeln könne. Zur internen Besprechung und zur Vorbereitung einer Entscheidung schlägt er die Bildung einer Kommission vor. Der Kongress stimmt dem zu.

Die nunmehr folgende Aussprache war von dem Gedanken getragen, durch den geplanten Austausch junger Gehilfen der Jugend eine weitere Gelegenheit zu schaffen, sich die Welt anzusehen und dabei lernen zu können. Dem Fleiß und der Orientierungsmöglichkeit, die das Referat offenbar werden ließ, wurde allseitig Anerkennung gezollt und der Austauschgedanke begrüßt. Nimmermehr fehlte es nicht an pessimistischen Einwendungen bezüglich der Mitwirkung der behördlichen Stellen sowohl als auch der von Prinzipalseite zu erwartenden Bedingungen für den Gehilfenaustausch. Was bisher an Fortschritten auf internationalen Gebiet durchgeführt wurde, wäre lediglich der eigene Kraft der Verbände zu verdanken. Bei dem geplanten Austausch komme nicht bloß die ideale Seite der Fortbildung in Frage, weshalb Zweifel daran berechtigt seien, ob Prinzipale und Gehilfen in gleicher Mentalität an die Lösung des Problems herangehen könnten. Von den Vertretern der romanischen Länder wurde auf die sprachlichen Schwierigkeiten hingewiesen, die den Austausch von Sehnen nahezu unmöglich erscheinen ließen, anders sei es bei den Druckern, Stereotypen und Schriftgießern. Übereinstimmung bestand auf dem Kongress darin, daß auf jeden Fall der Tariflohn hochgehalten werden muß und daß

Sicherungen zu schaffen sind gegen wahllosen Austausch von Volontären unter dem Deckmantel als Gehilfen. Von anderer Seite wurde betont, daß es schwer sein wird, generelle Regeln für den Austausch aufzustellen. Dieser müsse vielmehr je nach den Verhältnissen der Eingeländers vor sich gehen. Ob mit oder ohne Prinzipalsorganisation müsse von Fall zu Fall entschieden werden. Am alle mit der Austauschfrage zusammenhängenden Dinge überblicken zu können, sei ein weiteres Studium der Frage nötig. Deshalb empfehle es sich, auf diesem Kongress noch nicht abschließend zu dem Austauschproblem Stellung zu nehmen, sondern dieses dem nächsten internationalen Kongress zu überlassen.

In seinem Schlußwort setzt sich der Referent mit den verschiednen Einwänden auseinander und bemerkt dabei, daß er sich dessen vollkommen bewußt gewesen ist, daß die Austauschfrage noch ungeklärt ist, deshalb habe er auch von der Vorlegung einer Entschließung Abstand genommen. Dennoch sei ein Meinungsaustruck des Kongresses notwendig und empfehlenswert, denn die Austauschfrage befindet sich bereits seit der Sitzung der Erweiterten Sekretariatskommission in Köln 1928 im Stadium des Studiums. Erst jetzt wurde der Ausarbeitung eines grundlegenden Referats nähergetreten. Selbst wenn nur ein Teil der angeführten Länder der Frage Sympathie entgegenbringt, sollte das Internationale Sekretariat die Sache weiter verfolgen. Die ideale Seite liegt in der Förderung der Jugendberziehung, und das Ganze dient der Propagierung einer neuen Idee, die in die Zukunft weist. (Beifall.)

**Zweiter Verhandlungstag (4. September)**

Der Vorsitz führt Kollege Liochon. Nach dem Abschluß der Aussprache über den Austausch junger Gehilfen berichtet zunächst Schäfer namens der eingesetzten Kommission. Er weist u. a. auf den Wert der Aussprache hin, obwohl einige Redner zu schwarz gemalt hätten. Der geplante Gehilfenaustausch sollte doch lediglich eine Ergänzung des Wanderns sein und selbstverständlich nur unter Kontrolle der Organisationen vor sich gehen. Namens der Kommission unterbreitet er dem Kongress folgende Entschließung:

Der Erste Internationale Buchdruckerkongress in Amsterdam vom 1. bis 6. September 1930 erklärt sich nach Anhörung eines Referates über den Austausch junger Buchdruckergehilfen mit dieser Tendenz einverstanden. Da die Unterhandlungen in einzelnen Ländern schon gewisse Fortschritte gezeigt und auch die Unternehmer Bestrebungen in dieser Richtung eingeleitet haben, ersucht der Kongress die Sekretariatskommission, die Angelegenheit mit aller Energie zu verfolgen und sich mit dem Ersuchen an das Internationale Arbeitsamt zu wenden, uns in dieser Frage seine Mitwirkung zu leisten, eventuell unter Einberufung einer Konferenz der daran interessierten Kreise, um weitere Fortschritte in dieser Richtung zu erzielen.

Diese Entschließung wird vom Kongress einstimmig angenommen.

Der achte Tagesordnungspunkt betrifft „Die Aufnahme von Hilfsarbeitern in die Buchdrucker-Internationale“.

Grundbacher weist einleitend darauf hin, daß die Aufnahme des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands von der Sekretariatskommission bisher nicht vollzogen werden konnte, weil der Hamburger Kongress beschlossen hatte, daß der Anluß des Buchdruckerhilfspersonal an das Internationale Buchdruckersekretariat nur im Rahmen des Berufsverbandes in Frage kommen kann. Die Erweiterte Sekretariatskommission, die sich mit der Aufnahme des deutschen Hilfsarbeiterverbandes beschäftigte, beschloß jedoch, das Aufnahmegeruch dem Kongress empfehlend zu unterbreiten und einer entsprechenden Statutenänderung zuzustimmen.

Nach längerer Debatte wurde demgemäß einstimmig beschlossen.

An die Verhandlungen schloß sich eine Motorbootfahrt der Kongreßteilnehmer durch die Stabtanäle (Grachten) und den Hafen Amsterdams.

**Achte Bundesausschusssitzung des ADGB.**

Am 19. September trat der Ausschuß des ADGB, in dem neuen Bau des Dresdner „Volkshauses“ zu seiner achten Tagung zusammen. Die Ausschusssitzung wurde nach Dresden einberufen, um den Verbandsvorständen, den Redakteuren und Bezirkssekretären Gelegenheit zu geben, die Internationale Hygiene-Ausstellung und das Hygiene-Museum zu besichtigen. Demgemäß war der Hauptpunkt der Tagesordnung ein sehr umfangreiches Referat des Vertreters für Gewerbehygiene beim Bundesvorstand, Dr. Meyer-Brodnik, in dem er über den Stand der Gewerbehygiene sowie über die Forderungen berichtete, die für den Ausbau der Gesetzgebung und die praktische Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen zu erheben sind. Das Referat dergleichen zunächst die Verordnung über Berufskrankheiten vom Jahre 1929, wonach 22-Berufskrankheiten den entfähigungspflichtigen Anfallen gleichgestellt wurden. Er erweiterte die Wirkungen der Verordnung im Hinblick auf Krankheitsverläufe, Entschädigung und Fortschreibung sowie die gewerkschaftlichen Forderungen zum Ausbau der Verordnung. Auf nähere Einzelheiten hier einzugehen, halten wir im Hinblick auf die gegenwärtigen Schwierigkeiten auf allen Gebieten der Sozialpolitik für zwecklos. Eine an diesen Vortrag sich anschließende Erläuterung des Deutschen Hygiene-Museums und der Internationalen Hygiene-Ausstellung bildete den Abschluß des ersten Punktes der Tagesordnung.

Hierauf erstattete der Geschäftsführer der „Volkshaus“ ein ausführliches Referat. Er schilderte die Entstehung, den außerordentlich günstigen Stand, die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten und die hohen sozialen und volkswirtschaftlichen Aufgaben dieses großen Instituts der Volksversicherung. Von den Gewerkschaften und den Konsumgenossenschaften im Jahre 1912 ins Leben gerufen — zur Beseitigung der Mißstände, die bis dahin bei der Volksversicherung einer Reihe privater Versicherungsgesellschaften bestanden haben und zur Rettung der von der Arbeiterkraft dort eingezahlten Gelder für Zwecke der Gemeinwirtschaft und von der Arbeiterkraft nahegelegenen Institutionen —, hat die Volksfürsorge unter weitestgehender Sicherung nach den strengen Vorschriften des Privatversicherungsgesetzes und der Vorschriften des Reichsaufsichtsamtes eine glänzende Entwicklung genommen. Steht sie doch nach der Zahl der bei ihr abgeschlossenen mehr als zwei Millionen Versicherungsverträge an erster und nach der vereinten Versicherungssumme in Höhe von mehr als 900 Millionen Mark an dritter Stelle aller Lebensversicherungsgesellschaften. Ihr Vermögen beträgt zur Zeit 117 Mill. M. Davon sind u. a. rund 67 Mill. M. in erstklassigen Hypotheken und 29 Mill. M. an Gemeinben vorwiegend für den gemeinnützigen Kleinwohnungsbau angelegt und dienen so den Interessen der breiten Masse des Volkes. Den gewinnberechtigten Versicherten, fließen die durch einen gut durchgeführten Verwaltungsapparat und trotz günstiger Versicherungsbedingungen erzielten Überschüsse als Dividende zu. Deren Höhe betrug im letzten Jahre 30 Proz. bzw. 35 Proz. der eingezahlten Jahresprämie; sie wird mit den üblichen Zinsen bei Auszahlung der Versicherungssumme im Todesfall oder beim Erleben des natürlichen Ablaufs des Versicherungsvertrages mit ausgezahlt. Die dafür den Versicherten ausgeschriebene Summe beträgt gegenwärtig bereits 20 Mill. M., die ebenso wie die annähernd 90 Mill. M. betragende Prämienreserve nebst den gesetzlich vorgezeichneten und für besondere Situationen und unvorhergesehene Ereignisse gebildeten besonderen Reserven den Versicherten weitestgehende Sicherheit bieten.

Nebenher wurden die natürlichen Vorteile einer Lebensversicherung gegenüber den Gelddanlagen bei Sparkassen, besonders auch unter Berücksichtigung der von der Volksfürsorge gewährten Gratsunfallversicherung durch Auszahlung der doppelten Versicherungssumme bei Unfalltod auseinandergelegt und hervorgehoben, welche Garantien dafür bestehen, daß es einen Verfall der eingezahlten

ermies, daß etwa 90 bis 95 Proz. der Mitglieder des Vereins Arbeiter waren, eines Bessern belehren lassen. Ein Erfolg von noch viel größerer Wirkung auf Öffentlichkeit und Presse war die Aufführung von Gerhart Hauptmanns von der Zensur des kaiserlichen Deutschlands verfolgten Dramas „Die Weber“. Otto Brahm's „Freie Bühne“, eine Vereinigung von Freunden junger Dichtung, hatte das Drama, da die „Freie Bühne“ einem Verein gleichkam, in einer geschlossenen Vorstellung uraufführen lassen. Öffentlich durfte es seinerzeit nicht gespielt werden. Aber es bleibt ein unbestreitbares Verdienst der beiden Volksbühnen (schon 1892 hatte sich von der „Freien Volksbühne“, mehr aus persönlichen und politischen als aus sachlichen und künstlerischen Gründen, wie Bruno Wille ausagt, die „Neue Freie Volksbühne“ abgespalten, „Die Weber“, die dann 1893 aufgeführt wurden, einem größeren Publikum erobert zu haben. Dieses von sozialer und menschlicher Tragik erfüllte Drama ist der deutschen Arbeiterkraft unerschütterliches inneres Bestreben geworden. Es zeugt von dem ungeheuren Tat- und Opferwillen der Mitglieder, wenn die „Weber“-Aufführung nicht zuletzt durch die Sammlung freiwilliger Beiträge ermöglicht wurde. Beide Vereine, von denen die „Freie Volksbühne“, die auch in Franz Mehring einen vortrefflichen Führer gefunden hatte, die ungleich größere war (sie zählte seinerzeit schon 5000 Mitglieder), sich aber im wesentlichen nicht von der „Neuen Freien Volksbühne“ unterschied, haben den gleichen Anteil an dem triumphalen Erfolg.

Der Aufbau der Berliner Vereine, die produktive zündende Idee der gestellten Aufgaben, haben auch auf die Arbeiterkraft im Reich beispielhafte Wirkungen verursacht. 1892 wurde in Köln mit der gleichen Pionierarbeit begonnen. Im gleichen Jahre auch in Hamburg, wo vor allem die lokale Freidenkervereinigung den Grundstock bildete und in Wolf Sonn einen unermüdbaren Vorkämpfer hatte. Gerhart Hauptmanns „Vor Sonnenaufgang“ war das Debut. Wolf Sonn unternahm auch, 1894 in Kiel eine Parallelvereinigung zu Hamburg zu schaffen. Die Gründung des hannoverschen Vereins, tief in der Arbeiterbewegung verwurzelt, in der der Mechaniker Engelhardt Vorhänger wurde, folgte. 1898 München.

Durch die besondere Initiative des verstorbenen langjährigen unvergesslichen Vorsitzenden der Berliner Volksbühne, Georg Springer, und durch die opernwillige Bereitschaft der Berliner Arbeiter wurde zu Beginn des Krieges durch die „Neue Freie Volksbühne“ das Haus am Bülowplatz, Deutschlands schönstes Theater, wirklich ein Theater des Volkes, errichtet. Dieser imposante Bau ist ein Zeichen der kollektiven Kraft und des sozialkünstlerischen Willens der Arbeiterkraft. 1920 kam es zur Wiedervereinigung der beiden getrennt marschierenden Vereine und 1920, nachdem der Zusammenbruch und die Liquidierung des kaiserlichen Obrigkeitsstaates die trotz imposanter Erfolge immerhin noch gebundenen Kräfte zur größeren Freiheit und zur größeren Entfaltung freigemacht hatte, wurde auch die Gründung des Verbandes der deutschen Volksbühnenvereine, der in diesen Tagen auf eine zehnjährige erfolgreiche Tätigkeit stolz sein kann, eine notwendige Tat. Aus den im Verband zusammengeschlossenen 20 Vereinen ist seitdem die gewaltige Bewegung der 306 Volksbühnengemeinden mit 500 000 Einzelmitgliedern erwachsen. Die kulturelle und propagandistische Kraft der Volksbühnenidee durchfließt das ganze Reich. Fünf Wanderbühnen tragen gute Kunst und den Geist eines gemeinwirtschaftlichen Theaters, dem alle, die zu ihm gehören wollen, Mithilfe, Mithrater sind, bis in die kleinsten Orte. Hundert Zeitschriften unterstützen die Arbeit der Bewegung. Sie wurde auch Vorbild für die Gründung und den Aufbau ausländischer Organisationen. So sind Volksbühnengemeinden in Schweden, Norwegen, Dänemark, Belgien, in der Tschechoslowakei entstanden, die sich in diesen Tagen zu einer Volksbühneninternationale zusammenzuschließen. Aber das Theater hinaus ist die Volksbühnenbewegung auch bemüht, Musik, bildende Kunst, Tanz, Literatur, Film und Funk ihrer ungeheuren gegenwärtigen Arbeit und Wirkung einzubeziehen. Sie hat dem deutschen Theater durch das Beispiel einer bewußten Theaterpolitik, durch den Reichtum ihrer idealen Grundlagen, durch die Bekämpfung der Stauwirtschaft gangbare Wege gewiesen. In Kurt Baake, Dr. Siegfried Kestriepke, Professor August Ziegler, Robert Breuer besitzt sie Persönlichkeiten von ausgeprägter Weisheit, die die Bewegung führen. Tausendertausende gleichstimmige Herzen bezogen einen kulturellen und sozialkünstlerischen Aktivismus, der schon heute eine Macht ist und immer der Zukunft gehören wird. W. G. D. (Berlin.)

jährige erfolgreiche Tätigkeit stolz sein kann, eine notwendige Tat. Aus den im Verband zusammengeschlossenen 20 Vereinen ist seitdem die gewaltige Bewegung der 306 Volksbühnengemeinden mit 500 000 Einzelmitgliedern erwachsen. Die kulturelle und propagandistische Kraft der Volksbühnenidee durchfließt das ganze Reich. Fünf Wanderbühnen tragen gute Kunst und den Geist eines gemeinwirtschaftlichen Theaters, dem alle, die zu ihm gehören wollen, Mithilfe, Mithrater sind, bis in die kleinsten Orte. Hundert Zeitschriften unterstützen die Arbeit der Bewegung. Sie wurde auch Vorbild für die Gründung und den Aufbau ausländischer Organisationen. So sind Volksbühnengemeinden in Schweden, Norwegen, Dänemark, Belgien, in der Tschechoslowakei entstanden, die sich in diesen Tagen zu einer Volksbühneninternationale zusammenzuschließen. Aber das Theater hinaus ist die Volksbühnenbewegung auch bemüht, Musik, bildende Kunst, Tanz, Literatur, Film und Funk ihrer ungeheuren gegenwärtigen Arbeit und Wirkung einzubeziehen. Sie hat dem deutschen Theater durch das Beispiel einer bewußten Theaterpolitik, durch den Reichtum ihrer idealen Grundlagen, durch die Bekämpfung der Stauwirtschaft gangbare Wege gewiesen. In Kurt Baake, Dr. Siegfried Kestriepke, Professor August Ziegler, Robert Breuer besitzt sie Persönlichkeiten von ausgeprägter Weisheit, die die Bewegung führen. Tausendertausende gleichstimmige Herzen bezogen einen kulturellen und sozialkünstlerischen Aktivismus, der schon heute eine Macht ist und immer der Zukunft gehören wird. W. G. D. (Berlin.)

Prämien auch dann nicht gibt, wenn der Versicherte gezwungen ist, die Versicherung aufzugeben. Auch das Wesen und die Nachteile der sogenannten Abnommenversicherung wurden erwähnt. Eingehend schilderte der Referent Streine die Grundzüge und Praxis, die die Leitung der Volksfürsorge bei der Anlage der ihr durch die mehr als zwei Millionen Versicherten anvertrauten Kapitalien und bei der Festsetzung der Zinsen für langfristige Gelder besolgt. Im Vordergrund steht das Interesse der Versicherten, in dessen Rahmen auch die notwendigen Rücksichten auf gemeinnützige Darlehensnehmer nicht aus dem Auge gelassen werden. Auch die im Flusse befindliche Aufwertung der vor der Inflation erfolgten Leistungen der Versicherten wurde zahlenmäßig belegt. Zum Schluß gab der Redner einen Ausblick auf die der Volksfürsorge noch bevorstehenden und von ihr vorbereiteten Aufgaben, durch die dem Volksganzen besonders gebient werden soll. Ein Teil dieser Aufgaben liegen auf Gebieten, die auch die Gewerkschaften und Genossenschaften, wenn auch in anderer Weise und mit anderer Zielsetzung, bearbeiten.

An dritter Stelle stand zur Verhandlung der Plan zur Gründung einer Haldinggesellschaft der Gewerkschaftshäuser. Als Vertreter des Bundesvorstandes referierte Ernst Schulze. Er wies darauf hin, daß der Bundesauschuß, als die Frage der Haldinggesellschaft zuerst auf seiner Tagung zur Sprache kam, den Bundesvorstand beauftragte, zunächst erst einmal die Zusammenfassung der Gewerkschaftshäuser vorzubereiten. Ein ähnlicher Wunsch wurde auch schon seit Jahren von den Vertretern der Volkshäuser geäußert, wenn auch ihrerseits nicht der Plan bestand, die Zusammenfassung in Form einer Haldinggesellschaft vorzunehmen. Bekanntlich ist die Mehrzahl der Volkshäuser schon seit Jahren in einer Arbeitsgemeinschaft vereint. Da die Arbeitsgemeinschaft wünschte, daß der Bundesvorstand ihre Zusammenfassungsbemühungen unterstützte, ist von seiner Seite die Arbeitsgemeinschaft planmäßig im Sinne der Schaffung einer Haldinggesellschaft beeinflusst worden. Grundätzlich bestanden überhaupt nur zwei Möglichkeiten für die Zusammenfassung: 1. in Form eines eingetragenen Vereins (Beitragszwang, Revisionszwang, Abnahme des Organs), oder 2. in Form einer Haldinggesellschaft.

Dieser Plan ist im September des vergangenen Jahres einer Konferenz von Geschäftsführern der Gewerkschaftshäuser und Vertretern der beteiligten Ortsauschüsse vorgelegt worden und fand bei der großen Mehrheit entsprechende Zustimmung. Es blieb nur übrig, eine Reihe von organisatorischen Vorfällen zu klären. Diese Vorfälle sind jetzt zur Zufriedenheit abgeschlossen. Der Bundesvorstand hat daher in Verbindung mit der Treuhändergesellschaft, die bei der Arbeiterbank besteht, den Entwurf eines Gesellschaftsvertrages ausgearbeitet. Der Bundesvorstand schlägt die Gründung einer Haldinggesellschaft vor, deren gesamtes Gründungskapital im Betrage von 50 000 M. der Bundesvorstand übernimmt. Das ausschlaggebende Stimmrecht im Aufsichtsrat und in der Gesellschaftsversammlung muß selbstverständlich immer im Besitze des Bundesvorstandes bleiben. Die Angliederung der Einzelunternehmen ist in der Weise gedacht, daß zunächst bei jedem angliedernden Unternehmen der Vermögensbestand festgestellt und als Abnahmewert nur der Aktivwert genommen wird, der nach Abzug der Belastung verbleibt. Es sind außerdem noch einige andre Momente zu berücksichtigen, auf die hier nicht näher eingegangen zu werden braucht. Als Gegenwert für die Abrechnung gibt die Haldinggesellschaft dann für das festgestellte Aktivvermögen Aktien an die Ortsauschüsse bzw. die beteiligten Gewerkschaften. Eine Erhöhung des Gesellschaftskapitals kann entsprechend dem neu eingebrachten Besitz jederzeit erfolgen. Nicht übernommen werden können aus steuerrechtlichen und geschäftlichen Gründen die in den Häusern vorhandenen Restaurations- und Hotelgeschäfte. Sie müssen verpachtet werden, wobei man daran denkt, örtliche Betriebsgesellschaften zu gründen, welche die vorhandenen Unternehmungen in eigene Regie übernehmen. Die neue Haldinggesellschaft wird sich also auf die sachgemäße Kontrolle und Verwaltung des Vermögens beschränken. Für die ausreichende Kontrolle wirkt der Revisionszwang. Die Revisionen werden auf Kosten der Gesellschaft durchgeführt. Die Revisionskosten werden der wesentlichste Teil der gesamten Verwaltungskosten sein, da die Betreuung der Häuser sonst keinerlei größeren Verwaltungsapparat bedarf. Sie werden aufgebracht durch die Umlage bei den angeschlossenen Häusern. Die Haldinggesellschaft wird die Überführung der Gewerkschaftshäuser in ihren Besitz nur in einem sehr langen Zeitraum durchführen können. Sie wird infolgedessen auch die Geschäfte der jetzigen Arbeitsgemeinschaft übernehmen müssen, wofür die Kosten wie bisher durch die Beitragsleistung der angeschlossenen Häuser in Höhe von 1 Proz. ihres Umfanges aufgebracht werden. An Stelle des jetzigen Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft wird eine Kommission des Aufsichtsrates der Haldinggesellschaft treten. Die vorjährige Konferenz hat ergeben, daß mindestens bei einer Anzahl von Gewerkschaftshäusern bestimmt damit zu rechnen ist, daß ihre Übernahme durch die Haldinggesellschaft ohne Schwierigkeit erfolgen wird. Im ganzen wird der Angliederungsprozeß selbstverständlich Jahre dauern. Der Bundesvorstand rechnet bei diesen Bemühungen auf die tatkräftige Unterstützung der Verbandsvorstände. Mit der Gründung der Haldinggesellschaft wäre dann nicht nur ein Verwaltungsinstrument geschaffen, das zukünftig ist für die Kontrolle und Sicherung des Vermögens der Gewerkschaften, sondern auch die Institution, ohne deren Mitwirkung an keinem Platz mehr neue Gewerkschaftshäuser

gründungen erfolgen dürfen. Der Bundesauschuß stimmt dem Vorschlag des Bundesvorstandes, eine Haldinggesellschaft mit einem Gründungskapital von 50 000 M. aus den Mitteln des Bundesvorstandes zu errichten, ohne Debatte einstimmig zu.

Darauf gab Grafmann den Geschäftsbericht des Bundesvorstandes. In einer schwierigen Lage befindet sich die Heimvolkshochschule Tinz. Der nationalsozialistische Innenminister Fried in Thüringen hat den Staatszuschuß für die Schule gestrichen. Die Streichung erfolgte zu Unrecht, da die Pflichten des Staates gegenüber der Schule auf Staatsvertrag beruhen. Deswegen wurde in der Angelegenheit eine Klage beim Staatsgerichtshof erhoben; inzwischen mußten Mittel zur Durchführung der Kurse bereitgestellt werden. Vor kurzem ist die „Kreditanstalt für öffentliche Arbeiten“ ins Leben gerufen worden; in den Aufsichtsrat sind die Kollegen Leipzig und Spieß eingetreten. Die Zahl unserer Vertreter im Kuratorium des Instituts für Konjunkturforschung ist nach einer Vereinbarung mit dem Institut vermehrt worden; Vertreter sind die Kollegen Leipzig und Eggert, Stellvertreter Georg Schmidt und Dr. Kronz. Streine, der den DGB, bisher im Technischen Ausschuß der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene vertrat, ist aus diesem Amt auf seinen Wunsch ausgeschieden. Kollege Sachs ist an seine Stelle getreten. Grafmann erinnerte an die Ablehnung des Gesetzes über den endgültigen Reichswirtschaftsrat im Reichstag und besprach die Lage, die dadurch für den Vorläufigen RWK, entstanden ist, und erörterte die Möglichkeiten, die Frage der Schaffung des endgültigen RWK, bald wieder in Gang zu bringen. Auf Grund der Arbeiten eines zur Untersuchung der Tätigkeit der Bauparkassen eingesetzten Arbeitsausschusses hat der Bundesvorstand sich veranlaßt gesehen, die Gewerkschaftsmitglieder vor der Beteiligung an solchen Bauparkassen dringend zu warnen.

An der Unterstützungsaktion zugunsten der Hinterbliebenen der Opfer des Grabungslüfts bei Neurobe hat sich der Bundesvorstand mit einer Gabe von 6000 M. beteiligt; der Betrag wurde dem Bergarbeiterverband zur bestimmungsgemäßen Verwertung zur Verfügung gestellt. Für die Vereinigung der Kinderfreunde hat der Bundesvorstand einen Zuschuß von 1000 M. bewilligt.

Die Übersiedlung des Büros des ZGB, nach Berlin wird zum 1. April 1931 stattfinden. Die Vorbereitungen für die Übersiedlung sind eingeleitet. Die nächste Vorstandssitzung des ZGB, wird sich mit der Wahl des Nachfolgers Sassenbachs als Generalsekretär der Internationale zu beschäftigen haben. Der Kongreß in Stockholm hat in den Ausschüß des ZGB, gewählt: Grafmann als ordentliches Mitglied und Kuffhäuser als Stellvertreter. Im August hat in der Bundeshochschule die erste vom ZGB, veranstaltete internationale „Zusammenkunft-Jüngere“ Gewerkschaftsmitglieder stattgefunden. Das Besondere war die Abwesenheit eines Mitglieds, das einen guten Verlauf genommen und auf die Teilnehmer, die aus 13 Ländern nach Berlin gekommen waren, einen sehr günstigen Eindruck gemacht.

Grafmann besprach dann die durch die Wahlen entstandene Lage. Er begrüßte es lebhaft, daß die Gewerkschaften mit ihrem entschiedenen Eintreten für die Sozialdemokratie in erheblichem Maße zu dem für die SPD, günstigen Wahlausgang beigetragen haben. Diese Auffassung Grafmanns wurde in der Diskussion, in der wiederholt auf den Wahlkampf und sein Resultat eingegangen wurde, gebilligt. Ferner beschäftigten sich die Diskussionsredner mit den Angelegenheiten des ZGB, und seiner Übersiedlung nach Berlin.

### Korrespondenzen

**Bielefeld.** (Korrekturen) Auf der Hauptversammlung des Rheinisch-Westfälischen Korrekturenvereins, die am 6. und 7. September hier stattfand, mußte Vorsitzender Berg feststellen, daß unsere Werbung im Gau leider nicht die beabsichtigte Wirkung gehabt hat. Es stehen in Bonn, Trier, Siegen, Wesel und Münster immer noch die Verbandskorrekturen ihrer Sparte fern, ebenso in Köln noch ein gut Teil Korrekturen. Zum Glück läßt sich der übergroße Teil der rheinisch-westfälischen Korrekturen hieron nicht beirren und weiß, daß niemand für ihre Sonderbelange eintritt, wenn sie es nicht selbst tun. Das kam auch durch den sehr guten Besuch der Versammlung zum Ausdruck. Einen Hauptpunkt der Tagesordnung bildete der Bericht des Kölner Vorsitzenden, Kollege Flaß, über den von dieser Bezirksgruppe durchgeführten Vorstoß in der Versicherungsfrage der Korrekturen. Der als Vertreter des Gauvorstandes entsandene Kollege Albrecht (Köln) nahm in längeren ausführlichen und sachlichen Ausführungen zu dem Vorgehen Stellung. Die Versammlung konnte sich diesen Gegenständen in der Mehrheit nicht verschließen und war mit Ausnahme der Kölner der Ansicht, daß vorläufig die Zeit zu einem Vorstoß in dieser Frage nicht günstig sei und die eventuell drohenden Nachteile größer sein könnten als die Vorteile. Da dieser Punkt der Tagesordnung wie auch die Neuregelung des Sonntagsdienstes die Zeit der Versammlung sehr beanspruchte, konnte leider über den Festvortrag des Frankfurter Kollegen Felsmann (Bielefeld) über „Lebensform und Mitgliedsbeitrag“ eine Aussprache nicht erfolgen. Die Versammlung legte aber Wert darauf, zum Ausdruck zu bringen, daß die Wahl des Vortragenden kein einseitiges Benehmen zu dessen Bestreben bedeute. Dem selbstverständlichen Dank für die ungenügende Mitwirkung gelte die Hochachtung, die jedem gebühre, der aufrecht für eine Sache kämpfe, mit der er seinem Volk einen Dienst zu erweisen plane. Herzlich gedankt sei auch den Bielefelder Sängerkollegen für ihre vorbildliche Gast-

freundschaft und die schöne festliche Ausgestaltung des Ganzen. Die nächste Versammlung unser Gauvereinigung findet in Verbindung mit der Feier des 25jährigen Bestehens des Rheinisch-westfälischen Korrekturenvereins in Köln statt. Man sieht mit den besten Eindrücken von der Stadt der Weinweber, die die Kultur aufgabte hat, die Welt mit weicher Wäsche zu versehen, besonders wichtig in einer Zeit, die so viel schmutzige Wäsche aufzuweisen hat.

**Bremen.** In're Bezirksversammlung am 3. September im Vereinshaus stand im Zeichen der Reichstagswahlen, verbunden mit einem Referat unseres Gauvorsitzers Jäger über das Thema „Gewerkschaften und Reichstagswahlen“. Eingangs der Versammlung widmete Bezirksvorsitzender Gorkert den verstorbenen Kollegen Martin Helms (83 Jahre) und Johannes Jinde (77 Jahre) warme Worte des Gedenkens. Ersterer war über 62 Jahre, der Letztere nun 68 Jahre Mitglied des Verbandes. Beide gehörten somit zur alten Garde unser Organisation. Zur weiteren Ausmündung des Hauses folgende Kollegen Postel dem Bezirksverein ein künstlerisch ausgeführtes Buchdruckerwappen. Dieses Geschenk ist eine Laubzweige- und Stängelarbeit in vollendetster Form. In seinem nun folgenden Referat beleuchtete Kollege Jäger die augenblickliche Situation der Reichstagswahl. Lebhafter Beifall folgte den Ausführungen. Die Aussprache, an der sich auch einige Oppositionsmitglieder beteiligten, bewegte sich in der sachlichsten Weise. Unter „Verschiedenes“ wurden vom Vorsitzenden noch einige lokale Angelegenheiten bekanntgegeben.

**Danzig.** Die Versammlung des Buchdruckervereins der Freien Stadt Danzig (Gau Danzig) am 27. August gab nach über zweimonatiger Sommerpause dem organisatorischen Leben erneuten Antrieb. Zu ihrem geschäftlichen Teil wurden zunächst lokale Vereinsangelegenheiten behandelt und Mitteilungen über die berufliche Arbeitsmarktlage gemacht, die sich mit zur Zeit 86, gegen 40 am Jahresanfang, als arbeitslos registrierten Kollegen in ständiger Verschlechterung befindet. Ein weiterer Tagesordnungspunkt betraf ein Ausschlußverfahren gemäß § 10 Ziffer 1b, c der Verbandsstatuten, das aber zurückgestellt wurde. Jedoch wurde der Mitgliedschaft die Angelegenheit zur Kenntnis gebracht, zu welcher die Ausschlußmaßnahme den Belegfall bildete. Eine der 100jährigen Buchdruckereifirmen Danzigs, W. F. Burau, kündigte dem Vorsitzenden des Arbeitnehmerausschusses ihres Betriebes die Stellung mit der Begründung, daß die betreffende Abteilung (Schmashine) zur Stilllegung kommen müsse. Dieses Stilllegungsmärchen, durch das sich die Firma des ihr unbenutzen, wachsamem Interessenvertreter ihrer Betriebsbelegschaft kurzerhand entkleiden wollte, wurde auch vom Arbeitsgericht nicht geglaubt, das in einem entsprechenden Urteil gegen die Firma entschied. Infolge triftigen Grundes konnte der gemahregte Kollege diesolchermaßen wieder stottgemachte Maschinenherkennung bei der Firma Burau nicht mit der von letzterer gewünschten Mäßigkeit antreten, was seitens der Firmenleitung als ein Verstoß auf den Arbeitsplatz ausgelegt wurde. In dieser Situation hat nun das mit dem Ausschlußparagrafen in Verbindung geratene Mitglied ein gebührend unbilligstimmtes und verbandsschädigendes Verhalten bekundet, das nicht hinlänglich genug Beurteilung finden kann. Nach Erlebung dieses unaufrichtigen Verhältnissesgegenstandes und der darauffolgenden Rednungselegung von diesjährigen Johannistfest hielt Vorsitzender Emil Marquardt einen Vortrag über das Arbeitsvermittlungsgesetz, das gegenwärtig stark den Interessentkreis der Danziger Arbeiterschaft beherzigt, da mit seinem Inkrafttreten am 1. Oktober d. J. eine Umwandlung der Arbeitsverhältnisse im Gebiet der Freien Stadt Danzig stattfindet. Der Referent gab in seinen Ausführungen Aufschluß darüber, inwieweit das neue Danziger Gesetz durch Unterbindung bzw. Einschränkung des Zuzugs von ausländischen Arbeitskräften und seine sonstigen Bestimmungen Einfluss auf die allmähliche Überwindung der Arbeitsmarktlamie besitzt. An der anschließenden Aussprache wurde das Arbeitsvermittlungsgesetz einerseits nicht als Danzigs Zukunftschick bezeichnet, und weitergehend kam die Forderung nach Einführung der 44-Stunden-Woche sowie Ausmerzung der Doppelverdiener zum Ausdruck; andererseits aber wurde das Gesetzeswerk als ein aus der Zeitgeit entstandener erfolgversprechender, wenn auch in seiner Ausföhrung leider noch durch die derzeitigen politischen Machtverhältnisse behinderter Verlust zur Behebung des Arbeitsloseneis in Danzig bewertet. — Am 4. September fand hier eine Vertrauensmännerversammlung statt, die in der Hauptaufgabe zur Information der Funktionäre über die im Herbst d. J. fälligen Wahlen zur den Arbeitnehmerausschüssen diente. Die dem Gesetz betreffend die Errichtung von Arbeitnehmerausschüssen innewohnende Bedeutung fand sowohl in einem Referat, in dem Gauvorsitzer Töpfer die wichtigsten Bestimmungen und Bauvorschriften des Gesetzes erläuterte, wie auch in der nachfolgend gepflogenen Diskussion ihre nachdrücklichste Formulierung.

**Dresden.** (Maschinenfächer) Für den 30. August hatte unsere Vereinigung aus Anlaß ihres 30jährigen Bestehens zu einer Feier im „Litanon“ eingeladen, und wir hatten die freundige Genehmigung, daß nicht nur Mitglieder aus fast allen Orten unser Gau es dem Ruf Folge geleistet hatten, sondern auch eine stattliche Zahl von Kollegen aus Leipzig und dem Gau Erzgebirge-Bohland, zum Teil mit ihren Damen, sich eingefunden hatten. Sollte doch dieses Fest der Zukunft zu dem am nächsten Tage stattfindenden Dittchen Sachsentag der Maschinenfächer sein, wie Kollege Eise in seiner Begrüßungsrede hervorhob. Die Zentralkommission war durch ihren Vorsitzenden, Kollegen Körber, vertreten. Auch der Gauvorstand war fast vollständig erschienen, und alle örtlichen Spartenvereinigungen hatten Vertreter entsandt. Ein sorgfältig ausgewähltes Programm sorgte für gute Unterhaltung und die richtige Festimmung, wie sich sehr bald erwies. Nach einseitigen Musikvorträgen des Fächerehrer's begrüßte Vorsitzender Eise die Erschienenen in herzlichster Weise. Die Eröfnung unserer Jubilare wurde durch vorzügliche Darbietungen des Dresdener Buchdrucker-gesangvereins würdig eingeleitet. Fräulein Ethica Ott erfreute das Auge durch vier prächtige Solotänze, desgleichen ein Kunstturnertrio des Arbeiter-Turnerbundes

durch vorzügliche lebende Bilder sowie durch künstlerische Leistungen. Unser Gavourorsteher S a h l m a n n brachte die Glückwünsche des Gavourorstandes in längerer Ausführungen zum Ausdruck und überreichte ein Kuvert mit Inhalt. Kollege S o f f m a n n übermittelte Glückwünsche im Namen aller Spartenvereinigungen, um am Schluß seiner Rede einen Gong mit Widmung zu überreichen. Auch Kollege K ö r b e r begrüßte im Namen der Zentralkommission unsere Vereinigung zu ihrem 30. Gründungsfest. An die mit großem Beifall besetzten unterhaltenden Vorführungen schloß sich ein Tanzabend, dem die Polizeikommission ein viel zu frühes Ende bereitete. — Am nächsten Tage morgens gegen 9 Uhr traf man sich bereits wieder an der Brühlischen Terrasse, wo schon ein Sonderdampfer bereit stand, um die Teilnehmer am Sachsentag, etwa 300 an der Zahl, nach Pirna zu bringen. Ein selten schöner Tag war unserer Veranstaltung beschieden, so daß wir alle landschaftlichen Schönheiten vom Schiff aus in uns aufnehmen konnten. In Hosterwitz verließen wir den Dampfer, um den Willnitzer Schloßpark zu besichtigen. In Willnitz wurde der Dampfer wieder bestiegen, und in Pirna erwarteten uns die dortigen Kollegen, um uns in geschlossenen Zug, eine Musikkapelle an der Spitze, nach dem Festlokal zu geleiten. Nach dem Mittagessen begrüßte Kollege E i j e noch einmal die Teilnehmer, dabei einen Rückblick auf die früheren Sachsentage gebend. Daran anschließend sprach Kollege K ö r b e r einige Worte, die er in der Hauptkaffe an die anwesenden Damen richtete, diese ermahnend, als Kampfgewinninnen die Männer in ihren gewerkschaftlichen Aufgaben zu unterstützen. Dann wurde in verschiedenen Gruppen Pirna und seine Umgebung unter Führung von Pirnaer Kollegen besichtigt, während ein Teil den Aufenthalt im schattigen Garten bei Musikvortrügen vorzog. Nur zu schnell verfloßen die Nachmittagsstunden, und dann ging es wieder mit dem Schiff nach Dresden zurück. Wünsche auch diese Veranstaltung dazu beigetragen haben, das kollegiale Band der Maschinenleger Sachsens fester zu knüpfen.

**Halberstadt. (Maschinenseher.)** Zur Herbstbesitzversammlung hatte der Vorstand die Kollegen nach dem herrlich gelegenen „Spiegelsberge“ bei Halberstadt eingeladen. Zahlreich waren die Kollegen dieser Einladung gefolgt. Vor der Versammlung fand eine Besichtigung der hiesigen weltbekannten Wurstfabrik Seine & Co. W. G. statt, wobei sich die Erschienenen ein Bild von den riesigen Ausmaßen der Fabrikanlage und den technischen Einrichtungen machen konnten. Gegen 11 Uhr eröffnete der Vorsitzende die Versammlung und die teilnehmenden Mitglieder. Sodann erkundete die Halberstädter Buchdruckerzünfte die Versammelten durch einige gut vorgetragene Vorträge. Durch Erheben von den Plätzen und warme Worte des Vorsitzenden wurde dann das Andenken eines verstorbenen Kollegen geehrt. Unter „Geschäftlichen Mitteilungen“ bat der Vorsitzende um bessere Beachtung der „Mitteilungen der Graphischen Verbände“, die auch unsere Ankündigungen enthalten. Das Zusammenreffen unserer Versammlung mit der Bezirksversammlung des Bezirks Niedenburg wurde bedauert, dabei aber festgestellt, daß darin kein Besonderen unsererseits lag. Hierauf hielt Gewerkschaftssekretär W o l f f (Halberstadt) einen Vortrag über das Thema: „Die Maschinenleger und ihre Zukunft“. Er stellte zuerst die kolossale Steigerung der Ertragskraft der Wirtschaft in Parallel zum Lebensniveau der Arbeiter, das immer mehr sinkt und unbedingt zum Kampf zwischen Kapital und Arbeit führe. Er wies dann auf die Zerrissenheit der Arbeiterschaft hin, die uns ungeborenen Schaden bringt. Er ermahnte darum zur Verbundenheit, um als geschlossenes Ganzes gekämpft in den Kampf treten zu können. Auch des Jugendproblems gedachte der Redner und wies auf die Notwendigkeit seiner Lösung hin. Mit kernigen, gedankenreichen Worten verstand es Kollege W o l f f, seine Zuhörer zu fesseln, die ihm zum Schluß seines Vortrags, in dem er auch auf die Technik der Sechsmaschinen einging, mit warmem Beifall dankten. In der sich anschließenden Aussprache unterstützten sämtliche Redner die überzeugenden Ausführungen des Redners. Beim Punkt „Tarifliches“ schilderte der Bezirksleiter des Bezirks Halle, Kollege M a r t z, ganz eigenartige Vorkommnisse in der Druckerei des „Klassenkampfes“ in Halle. Die kapitalistischen Unternehmensverhältnisse der betreffenden Geschäftsleitung rückte er ins rechte Licht. So wurden sechs Kollegen, deren Betrieb herausgedrängt; dann wurde die Arbeitszeit von sechs auf acht Stunden erhöht und die Leistungen der Maschinenleger stark bemängelt. Man multiplizierte die Buchstabenanzahl mit der Zeilenanzahl und maß mit dem Zollstock; von Aufschlägen für schlechtes Manuskript war dagegen keine Rede oder man gestand diese nur in ganz geringem Maße zu. Die Geschäftsleitung wandte sich sogar an den Deutschen Buchdrucker-Verein und an die Firma Kilmisch, um die Leistungen errednen zu lassen. Nachdem auch die Kollegen die Leistungen von der Leipziger Berechnungskommission begutachten ließen, mußte die Geschäftsleitung einsehen, daß die Leistungen der Maschinenleger gute seien. Die Geschäftsleitung gestand das nun auch zu, gab aber den Kollegen mit auf den Weg, wenn sie ihre Stellung halten wollten, müßten sie ihre Leistungen weiter erhöhen. Und das, nachdem von drei Seiten festgestellt worden war, daß die bisherigen Leistungen des tarifliche Minimum schon bei weitem überschritten. Auch eine Form der Naturbelegung! Die nächstjährige Frühjahrsbetriebsversammlung soll in Magdeburg abgehalten werden. — Nach der Versammlung fand eine gemeinsame Mittagstafel statt, nach der eine Besichtigung der landschaftlichen Schönheiten der Umgebung von Spiegelsberge vorgenommen wurde. Bis zur Abfahrt der einzelnen Züge verlebte man dann noch einige gemütl. Stunden im schönen Garten von „Spiegelsberge“, wo auch ein Konzert stattfand.

**Waffe i. B.** Die diesjährige Sommerbesitzversammlung fand am 24. August in Zell a. S. statt und war von 118 Kollegen besucht. Kollege R e i b e l begrüßte die erschienenen Kollegen und die anwesenden Frauen. Eingangs der Versammlung wurde eines verstorbenen Kollegen ehrend gedacht und nach einigen geschäftlichen Mitteilungen erstattete Kollege S c h n u r den Kassenbericht. Die Kasse zeigt einen guten Stand. Von der Versammlung wurde verlangt, daß gegen die Gewohnheits-

restanten mit aller Entschiedenheit vorgegangen wird. Der Beschluß einer früheren Versammlung, wonach der Vorstand ermächtigt war, auf Antrag in finanzielle Schwierigkeiten geratenen Kollegen Darlehen zu bewilligen, wurde aufgehoben. Dem Vorstand wurde anheimgestellt, auf eine andre Art helfend einzugreifen. Hierauf referierte Gavourorsteher S a n d f o r t über „Arbeitsrechtliche Grundlagen des Streits und der Ausprägung“. Der Referent behandelte diesen Stoff so ausführlich wie möglich und zeigte an Beispielen nicht nur die jeweilige rechtliche, sondern auch die faktische Seite solcher Kämpfe auf. War auch das Referat im Hinblick auf die gegenwärtige Lage nicht gerade zeitgemäß (der Bezirksvorstand hatte den Auftrag hierzu bereits vor den letzten Ereignissen erteilt), so schloß sich doch eine recht zeitgemäße Aussprache an, die ab und zu den Vorsitzenden veranlaßte, einzugreifen. Die ganze Erregtheit der Gemüter und die Unzufriedenheit mit den gegenwärtigen Zuständen kam durch die verschiedenen Redner zum Ausdruck. Kollege S a n d f o r t stellte in seinem Schlußwort mit Genugtuung fest, daß trotz des an sich trockenen Stoffes eine solche zeitgemäße Diskussion einlechte und klärte die aufgeworfenen kritischen Punkte auf. Der reiche Beifall bewies dem Referenten jedenfalls, daß seine Ausführungen dankbar aufgenommen wurden. Zwei Kollegen konnten für 25jährige Mitgliedschaft geehrt werden. Sie erhielten ein kleines Geschenk und eine Jubiläumsnadel, wofür letztere auch allen den Kollegen überreicht wurde, die schon früher ihr 25jähriges Verbandsjubiläum gefeiert haben. Am Schluß der Versammlung entwickelte sich eine lebhafteste Debatte im Anschluß an die Ausführungen des Kollegen R e i b e l zur Notverordnung der Brünniger Regierung und zum Aufruf des ADGB. Die Stellung der Versammlung zu diesen Fragen fand ihren Niederschlag in einer kurzen Entschlieung: „Die Mitglieder des Bezirksjahr im ADGB haben die Ausführungen des Vorsitzenden zur Notverordnung und zum Aufruf des ADGB, entgegenzunehmen, erkennen den Aufruf des ADGB als berechtigt an und stellen sich auf den Boden desselben“. Diese Entschlieung, die gegen drei Stimmen angenommen wurde, dürfte auch unsern Christlichen beweisen, daß es keinen Wert hat, bei unsern Mitgliedern wegen „Berührung der politischen Neutralität“ im trüben zu fischen. — Die Generalversammlung findet in Döbenburg statt.

**Münzberg.** In unserer gut besuchten Septemberversammlung referierte nach der Ehrung von drei verstorbenen Kollegen, denen der Vorsitzende einen warmen Nachruf widmete, Landtagsabgeordneter G e r h a r d über „Gewerkschaften und Reichstagswahl“. Aufmerksam folgten die Kollegen den Ausführungen des Referenten, insbesondere seinen Darlegungen über die neu eingeführten Steuern, wie Ledigensteuer, Kopfsteuer, Krankenkassensteuer usw. Besonders bei der Forderung der Kopfsteuer wurden aus der Versammlung berechtigte Zwischenrufe gemacht, die bewiesen, daß die Einführung derartiger Steuern die nur bei unzulässigen Wählern an der Tagesordnung sind, nicht zu verstehen ist. Der Referent sprach weiter auch von der Finanzwirtschaft im bayerischen Landtag, indem er die Zustände in den Forst- und Kirchenverwaltungen schilderte. Lebhafter Beifall folgte seinen Ausführungen. Vorsitzender G r ö s s unterstützte diese und forderte dazu auf, die entsprechenden Maßnahmen aus dem Gebiet zu ziehen. Hierauf gab Kollege B r a n d m i l l e r den Kassenbericht über das zweite Quartal, wofür ihm die Versammlung Dank aussprach. Unter „Verschiedenen Mitteilungen“ gab der Vorsitzende bekannt, daß sich die Mitgliedschaft für die durch einstimmigen Beschluß am 31. Dezember 1930 an die Mitgliedschaft Münzberg anschließt, was vom Kollegen F i n k e (Fürth) begründet und von den Münzberger Kollegen mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde.

**Offenbach a. M.** Unsere Bezirksversammlung am 6. September war auf die bevorstehende Reichstagswahl einberufen. Es war gelungen, in der Person des Direktors des hiesigen Arbeitsamtes, Herrn W. J. S. e. h., einen vorzüglichen Redner über aktuelle sozialpolitische Zeit- und Streitfragen zu gewinnen. Keicher Beifall wurde dem Redner zuteil. Unter den Mitteilungen des Vorsitzenden, Kollegen P i s h n e r, löste es Erstaunen aus, daß es bis jetzt noch nicht möglich war, den an Otern Ausgerufenen ihre „Gefellensbriefe“ zu überreichen. Warum? Ja, weil die verantwortliche Stelle von April bis heute noch keine Zeit gefunden hat, die Briefe auszustellen. Ist es doch einem Jungkollegen in Frankfurt passiert, daß er eine Stellung erst antreten konnte, als unser Bezirksvorstand ihm eine Befehigung erteilte, die er ordnungsgemäß ausgeleitet hat. Nach Erledigung einiger dringlichen Angelegenheiten fand die Versammlung ihren Abschluß. Es war nur zu bedauern, daß manche Kollegen ihren Besuch verabsäumten und sich einen so wertvollen Vortrag entgehen ließen.

**Werdau.** Unter zahlreicher Teilnahme der Kollegen aus Werdau, einigen Kollegen aus Krimmitschau, Wittenberg, Leipzig, Zwickau, Annaberg und Greiz beging der Ortsverein „Typographia“ Werdau am 30. und 31. August sein 40. G r ü n d u n g s f e s t. Eingeleitet wurde das Fest am Sonnabend durch einen Kommer. Mitwirkende waren eine vorzügliche Künstlerkapelle, der Volkschor Werdau und die Freie Turnerschaft. Nach einem von einer Kollegin vom Buchbinderverband gut gesprochenen Prolog hieß der Vorsitzende B e c k alle Erschienenen herzlich willkommen, besonders aber den Gau- und Bezirksvorstand sowie die Vertreter des Ortsausschusses des ADGB, und der übrigen Gewerkschaften. In seiner Festansprache betonte Gavourorsteher D e r k e l t, daß der Ortsverein „Typographia“ Werdau von einer sehr kleinen Mitgliederzahl zu einer fast alle Kollegen in Werdau erfassenden Organisation geworden ist. Redner ging des näheren auf die Geschichte des Ortsvereins ein, betonte hierbei, unter welchen Schwierigkeiten die ersten Mitglieder arbeiten mußten, wie sie zum Teil als verdeckte Verbandsmitglieder in den Druckereien gestanden haben. Trotz aller dieser Hemmnisse hat niemand vermocht, die Aufwärtsentwicklung zu unterbinden. Es folgten noch Begrüßungsansprachen des Bezirksvorstandes, des Vorsitzenden der Mitgliedschaft Krimmitschau und des Vorsitzenden des Ortsausschusses. Hierauf schritt Kollege B e c k zur Ehrung der noch lebenden fünf Gründer, der Kollegen H e n t s c h e l, W i l l e, W e i t h a m p, S c h n e i d e r und v. B r e i t e n d a u, ihnen unter Worten der Anerkennung ein Geschenk überreichend. Am Nachmittag

hatte bereits eine Abordnung durch Kranzniederlegung die drei verstorbenen Gründer, die Kollegen T r e p t e, F r a n t und W i e d e l e r, geehrt. Die Lieber des „Volkschors“ wurden gut und kangrein vorgetragen. Einen warmen Beifallskurm lösten die Reueübungen, vor allem aber die tchthmischen Tänze der Turnereinnen der Freien Turnerschaft aus. So fand der Kommerz mit einigen Musikvortrügen sein Ende. Am Sonntagabend fanden sich die Kollegen und geladenen Gäste im Vereinslokal zu sammeln, wo bei Konzert, Tafel und Ball auch der gemütl. Teil zu seinem Recht kam. — Die Einladungen bzw. Programme (einfach Preis aus einem Wettbewerb vom Kollegen Linsmeier) stellte in liebenswürdiger Weise die Firma Oskar Meister kostenlos her. Der Firma auch an dieser Stelle besten Dank.

## Allgemeine Rundschau

**Aufhebung der Schweizerischen Grenzsperr.** Wie das Internationale Buchdruckersekretariat den angeschlossenen Verbänden mitteilte, hat das Zentralkomitee des Schweizerischen Typographenbundes unterm 10. September beschlossen, die für die Zeit der Tarifbewegung verhängte Grenzsperr aufzuheben und die Watsungsgaststätten wieder zu öffnen.

**Fremdsprachenkurse für Groß-Berlin.** Englisch, Französisch- und Esperanto-Anfängerkurse beginnen in Kürze für Gleichgültige, die sich für das Wirken der Vereinigung „Die Freunde der Internationalen Kleinarbeit“ interessieren, nachdem die diesjährige Beschäftigtätigkeit zwischen Deutschland, England, Irland, Schottland, Frankreich, Belgien, Holland und Schweden außerordentlich erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Tausende besuchten die Veranstaltungen der Ortsgruppen in den einzelnen Ländern. Hunderte von persönlichen Freundschaftsbündnissen konnten geschlossen und somit der gesamten Arbeiterbewegung ein ungeschätzbarer Dienst erwiesen werden. Um den Kreis derrer zu erweitern, die da mithelfen wollen, wirklich praktische internationale Kleinarbeit zu leisten, werden Gefinnungsfreunde eingeladen, an den neuen und bestehenden Kursen sich rege zu beteiligen. Deutsch wird soweit wie möglich vermieden. Ein illustriertes Lehrbuch und große Wandbilder gestalten den Unterricht interessant. Jeder Teilnehmer lernt in verhältnismäßig kurzer Zeit frei sprechen, um sich im darauffolgenden Jahr entweder in dem betreffenden Land mit Freunden zu unterhalten, oder aber, um die erworbenen Sprachkenntnisse auf hier praktisch anwenden zu können im Kreise unserer ausländischen Freunde, die sich allwöchentlich während der Sommermonate im Berliner Gewerkschaftshaus mit deutschen Freidita-Mitgliedern treffen. Die Nachmittagskurse laufen von 6 bis 8 Uhr, die Abendkurse von 8 bis 10 Uhr im Zentrum der Stadt. Der Unterrichtsbeitrag bleibt unverändert. „Der Pionier“ resp. „Die Pionier“, das zweisprachige Organ der Freidita, steht Interessenten zur Verfügung. Anmeldebogen für Kurse und Korrespondenzgastausch werden umgehend erbeten an die Geschäftsstelle Berlin SW 19, Kurstraße 32, am Spittelmarkt (W. Kioerle). Telefon: Nertur 2196. Allen Anfragen sollte ein Freiumschlag beigefügt werden.

**Polnische Wahlmethoden.** Anfang November finden auch in Polen Neuwahlen zum polnischen Reichstag, dem Sejm, statt. Für die Methoden, deren man sich bei ihrer Vorbereitung bedient, mögen die folgenden Beispiele zeugen: Am Sonnabendvormittag sah der Chefredakteur des „Robotnik“, Abgeordneter Niedziakowski, mit noch andern Abgeordneten im Sejm-Restaurant, als der Leiter der Sanktionierungspresseagentur, Oberst Siebysinski, an ihn herantrat und ihn mit dem Spagierkost einen wuchtigen Stieb über den Kopf verlehete. Mehrere sozialdemokratische Abgeordnete sprangen sofort auf und mit Biergläsern, Mischenbechern, Blumenwägen usw. drangen sie auf den schlaftrigen Oberst und Leiter einer Presseagentur ein. Es entspann sich ein wütendes Handgemenge, das erst durch mehrere hinzugekommene Abgeordnete getrennt werden konnte. — Am gleichen Tage verlegte der Gerichtsvollzieher die Druckpressen und andre Maschinen des sozialistischen „Robotnik“ wegen angeblicher Steuerrückstände. Wie das Blatt mitteilte, wird es jedoch weiter erscheinen. — Die „Vodzer Volkszeitung“ teilte mit, daß ihr Redakteur, Abgeordneter Kronig, den Befehl erhalten habe, sich am 29. September zu einer militärischen Übung zu stellen. — Die bisher erschienenen Wahlaufsätze der Oppositionsparteien sind sämtlich, teilweise in der Druckerei, beschlagnahmt worden.

**Winterreisen der „Naturfreunde“.** Der Wintersport hat in den letzten Jahren auch unter der Arbeiterschaft immer mehr Anhänger gefunden. Mit Recht legen viele ihren Urlaub in die Winterzeit, um der gesündesten aller Sportarten huldigen zu können. Der Touristenverein „Die Naturfreunde“ (Reisebüro) veranstaltet auch in diesem Winter wiederum einige Gesellschaftsreisen in die wintertliche Gewerkschaft, und zwar führen diese nach Rißbüchel, vom 23. Dezember bis 3. Januar, dem Schiparadies Tirols, ins Riesengebirge (eine Schifahrt, vom 24. Dezember bis 1. Januar, und eine Gesellschaftsfahrt, vom 25. bis 28. Dezember) und in die Sächsisch-Böhmische Schweiz, gleichfalls vom 25. bis 28. Dezember. Von Rißbüchel aus werden fortgeschrittene Skifahrer Tagesfahrten in die herrliche Gewerkschaft Tirols unternommen. Für Anfänger ist ein Schifahrt geplant. Die Schifahrt ins Riesengebirge führt hauptsächlich in den böhmischen Teil. Die Gesellschaftsfahrt führt zu den schönsten Punkten des Riesengebirges. Die Fahrt in die Sächsisch-Böhmische Schweiz führt nach Schmiltz, und von hier zu den Schrammsteinen, Preßbischer usw. Alles Nähere ist aus dem Anfang Oktober erscheinenden Sonderprospekt ersichtlich, der auf Wunsch durch das Reisebüro des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ in Berlin N 24, Johannisstraße 14/15, gegen Beilegung von Rückporto zu gefandt wird.

**Berechnung der Wirtschaft.** Von Zeit zu Zeit tauchen Berechnungen über die Verluste wirtschaftlicher Unternehmungen in der Öffentlichkeit auf. So hat auch neuerdings wieder das Institut für Konjunkturforschung errechnet, daß bis Mitte August 7641 Konturze und 4826 Bergleischwerkstätten eröffnet wurden. Somit befinden sich jetzt 12.000 Kamen in der Verlustliste der Wirtschaft. Die Verlustbeträge für die ersten Monate dieses laufenden Jahres werden auf 600 bis 700 Mill. M. veranschlagt. Es







# Adressen

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzelheft 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibrundstr. 5

68. Jahrgang

Berlin, den 1. Oktober 1930

Nummer 79

## Zum zehnjährigen Bestehen unserer Lehrlingsabteilung

Durch die staatliche Umwälzung im November 1918 wurde der Weg frei zur Eingliederung der Jugendlichen, der Lehrlinge, in den großen Kreis der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Weitgehende Koalitionsrechtsbestimmungen der neuen Reichsverfassung von Weimar machten die Vorschriften des rüchständigen Reichsvereinsgesetzes unwirksam, die die Gewerkschaften bisher geknebelt hatten bei der planmäßigen Organisierung der Jugendlichen. Der vom 30. Juni bis 5. Juli 1919 in Nürnberg abgehaltene 10. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands befaßte sich eingehend mit Vorschlägen zu einer Regelung des Lehrlingswesens und einer Berufsausbildung im neuzeitlichen Sinne. In der dabei angenommenen Grundsatzerklärung kam u. a. folgendes zum Ausdruck:

Die altväterliche Art des Lehrlingswesens, die in der Handwerkslehre beim Kleinmeister und in der Prinzipal-lehre beim Kleinrämer ihre typischen Ausdrucksformen fand, steht vor dem Zusammenbruch und vor der Auflösung. Jeder Versuch, sie neu zu beleben, ihr neuen Geist und neuen Inhalt einzufügen, wäre eine nicht zu rechtfertigende Halbmäßigkeit, die zum Scheitern verurteilt und darum abzulehnen ist.

Der Lehrvertrag fällt in den Rahmen des allgemeinen Arbeitsvertrages. Gesetzliche und andre Bestimmungen, die die Vereins- und Versammlungsfreiheit der Lehrlinge beschränken, sind aufzuheben und gesetzlich als unzulässig zu erklären.

Der Lehrling hat hinsichtlich seiner Ausbildung und Erziehung Anspruch auf die tatkräftige Unterstützung der für ihn zuständigen Gewerkschaft und untersteht auf sonstigen Besondere dem Staat. Es ist seine Pflicht, sich dieser Gewerkschaft als Mitglied anzuschließen und in Fällen von allgemeinem Lohnstreitigkeiten sich deren Maßnahmen unterzuordnen.

Nach diesem allgemeinen Bedarf des Nürnberger Gewerkschaftskongresses war es eine Selbstverständlichkeit für alle freien Gewerkschaften, sich der Lehrlinge tatkräftig anzunehmen, sie in ein engeres Verhältnis zur Organisation zu bringen. Die schnelle zahlenmäßige Entwicklung der Jugendabteilungen in allen Gewerkschaften war der beste Beweis dafür, daß einem dringenden Bedürfnis entsprochen worden war. Auch vom Verband der Deutschen Buchdrucker wurde der Gründung einer Lehrlingsabteilung alsbald praktisch nähergetreten. Einen verfassungsvollen Anfang dazu bildete die Herausgabe des „Jungbuchdruckers“ durch den Bildungsverband, dessen erste Nummer im April 1920 erschien. Die Gründung der Lehrlingsabteilung selbst aber blieb der im gleichen Jahre vom 14. bis 24. Juni in Nürnberg tagenden Generalversammlung unseres Verbandes vorbehalten. Wie der damalige Verbandsvorsitzende Joseph Seig zu dem Beratungspunkt einleitend bemerkte, war man sich über die Notwendigkeit der Schaffung einer Lehrlingsabteilung im Verbandsvorstand einig. Nur darüber, wie diese in die Wege geleitet werden sollte, bestanden Meinungsverhältnisse. Eine Auffassung ging dahin, auch die Lehrlingsabteilung dem Bildungsverband zu übertragen. Der Verbandsvorstand aber kam davon ab, weil man sich sagte, daß die Lehrlingsabteilung der Hauptorganisation der Gehilfenschaft angegliedert werden müsse. Dementsprechend wurde denn auch von der Generalversammlung nach eingehender Aussprache beschlossen. Am 1. Oktober 1920 nahm die Lehrlingsabteilung ihre Wirksamkeit im gesamten Verbandsgebiet auf. Nach einjährigem Bestehen waren bereits in 1171 Druckorten Lehrlingsmitglieder vorhanden.

Sachgemäß macht sich unsere Lehrlingsabteilung die Förderung der wirtschaftlichen Interessen zur Aufgabe, und sie erstrebt die berufliche, geistige und körperliche Ausbildung ihrer Mitglieder. Im besonderen achtet sie auf die Lehrlingsausbildung nach den Bestimmungen der Lehrlingsordnung. Der Lehrling soll geschult werden vor Ausbeutung und Ausbe-

rum, denn fachliches Können und Wissen bilden ja den Grundstock für die Existenz des einzelnen sowohl wie auch für das Gewerbe. Aus dieser Erwägung heraus ist es unser ernstestes Bestreben, die Berufsausbildung der Lehrlinge in jeder Weise zu fördern. Das liegt auch durchaus im Interesse unserer gewerkschaftlichen Bewegung, denn oft genug schon hat es sich gezeigt, daß ein in seinem Beruf unsicherer Gehilfe auch im Gewerkschaftskampf unsicher ist. Dem Lehrling die Wichtigkeit der beruflichen Ausbildung klarzumachen, steht sich die Lehrlingsabteilung zum Hauptziel. Daneben soll in der Lehrlingsabteilung die Allgemeinbildung gepflegt und der werdende Buchdrucker zu sittlicher Reife und charaktervoller Betätigung erzogen werden. Unter Fernhaltung parteipolitischer Bestrebungen soll die Erziehung zum freiheitlich gesinnten, verantwortungsbewußten Staatsbürger keineswegs verabsäumt werden. Damit der Lehrling die Zusammenhänge mit seinem Beruf und mit der Arbeiterklasse zu erfassen und danach zu handeln vermag, sollen gewerkschaftliche sowie volkswirtschaftliche und sozialpolitische Themen wohlburchdachte und allgemeinverständliche Behandlung in Wort und Schrift finden.

Diesem Programm entsprechend ist in dem hinter uns liegenden Jahrzehnt unter hiesiger Förderung durch den Verbandsvorstand und den zweimal monatlich erscheinenden „Jungbuchdrucker“ in den örtlichen Lehrlingsabteilungen mit zäher Ausdauer gearbeitet worden. Das Interesse der Lehrlinge an ihrer Organisation wurde durch den Ausbau des Versammlungswesens sowie durch Veranstaltungen belehrender und gefelliger Art zu beleben verurteilt. Vorträge fachlichen Inhalts und über alle Gebiete des Allgemeinwissens, über Berufsausbildungswesen, Jugendrecht und Jugendbeschäftigung, Gewerkschafts- und Genossenschaftsfragen usw. wechselten ab mit Besichtigungen von technischen Betrieben, Ausstellungen, Museen und dergleichen, mit Eltern- und Unterhaltungsabenden, Sport- und Spielveranstaltungen, Wanderungen und Ferienreisen. Der beruflichen Ausbildung dienten praktische Unterweisungen und Lehrgänge, die sich lebhaften Zuspruchs durch die Lehrlinge erfreuten. Die Einführung der Lehrlingsordnung in den meisten Handwerkskammerbezirken hat zur Vertiefung der fachlichen Fortbildungsarbeit in den örtlichen Lehrlingsabteilungen wesentlich beigetragen. Die darin vorgeschriebene Ablegung von Zwischen- und Gehilfenprüfungen spornen die Lehrlinge naturgemäß zur Erwerbung beruflichen Wissens und Könnens an.

Vom Verbandsvorstand wird der Fortentwicklung der Lehrlingsabteilung regstes Interesse entgegengebracht. Auf der Gaulehrlingsleiterkonferenz in Frankfurt a. M., die dem letzten Verbandstag unmittelbar vorausging, konnte der Vorstandreferent über 70 in Umlauf befindliche Rundsendungen berichten, trotzdem 23 ältere Rundsendungen aus dem Umlauf zurückgezogen waren. Im Jahr 1930 wurden rund 130 Rundsendungen von der Zentrale in den Verbandsgebieten in Umlauf gesetzt, darunter 27 mit Fachschularbeiten, 42 mit Gehilfenprüfungsarbeiten und 37 mit Lehrlingswettbewerben; der Rest verteilt sich auf sonstige Gebiete. Sehr wertvoll sind neben den Schularbeiten auch den leistungsfähigen Fachschulen die Gehilfenprüfungsarbeiten, die der Zentrale dankenswerterweise in steigendem Maße von den Prüfungsausschüssen zu Rundsendungszwecken zur Verfügung gestellt werden. Die Vergleichsmöglichkeiten, die sich daraus entnehmen lassen, sind nicht nur für die Lehrlinge, sondern auch für die Mitglieder der Prüfungsausschüsse sehr wertvoll. Zu dem vom Verbandsvorstand ausgeschriebenen Wettbewerb aus Anlaß der „Presse“-1928 gingen von 716 Lehrlingen

aus allen 22 Gauen 1097 Entwürfe ein, deren öffentliche Ausstellung berechtigtes Aufsehen erregte. Zur Erziehung und Ausbildung der Lehrlinge sowie zur Bekämpfung des Organisationsbewußtseins hat anerkanntermaßen auch der „Jungbuchdrucker“ sein rechtlich Teil beigetragen. Wer als Gehilfe die zehn Jahresbände dieses Organs unserer Lehrlingsabteilung durchblättert, der findet darin neben der Stala aller Gefühle und Empfindungen, die die Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren beherrschen, viel Wertvolles für Beruf und Lebenskampf aufgezeichnet.

Die Gründung der Lehrlingsabteilung bildet in der Geschichte unserer Organisation zweifellos ein bedeutungsvolles Ereignis. Die Entwicklung der Lehrlingsabteilung in dem zurückliegenden Jahrzehnt aber zeigt, daß mit Fähigkeit und idealer Hingabe an der Verwirklichung der gesteckten Ziele gearbeitet worden ist. Auch der zahlenmäßige Aufschwung bietet ein durchaus zufriedenstellendes Bild. Ende 1929 gehörten 16594 Lehrlinge in 1444 Druckorten unserer Lehrlingsabteilung an. Das sind 85 Proz. aller vorhandenen Buchdruckerlehrlinge. Die Zahl der örtlichen und bezirklichen Lehrlingsleiter beläuft sich auf 510; sämtliche 22 Verbandsgaue haben je einen Gaulehrlingsleiter, der zugleich Gauvorstandsmittglied ist. Seit Bestehen der Lehrlingsabteilung sind etwa 30000 ihrer Mitglieder zum Gehilfenverband übergetreten. Ein Teil der durch die Schule der Lehrlingsabteilung gegangenen Kollegen wirkt schon auf Funktionsäposten.

Angelehnt des erfreulichen Gesamtergebnisses in der Aktivierung und Gewinnung der Jugend, das beim Abschluß des ersten Jahrzehnts unserer Lehrlingsabteilung vorliegt, müßten künftige Bedenken, wie sie hier und dort gelegentlich immer wieder in der Kollegenchaft auftauchen, endgültig verstummen. Wir stehen heute einer ganz anders gearteten Jugend gegenüber als in der Vorkriegszeit, und es wäre verfehlt, sich darauf zu berufen, daß wir — die ältere Generation — auch keine besondere Lehrlingspflege kannten. Daß wir eine solche Pflege entbehren mußten, daß wir als Lehrlinge nur als lästige Konkurrenz im Arbeitsverhältnis betrachteten und demgemäß behandelt wurden, war doch gewiß kein erfreulicher Zustand, sondern eine grenzenlose Missetätigkeit, an die man nur mit Schauern zurückdenken kann. Um so mehr sollte es begrüßt werden, daß heute in der Lehrlingsabteilung des Verbandes eine Einrichtung geschaffen ist, die es unserm gewerblichen Nachwuchs ermöglicht, sich entsprechend zu betätigen. Für Vierzehn- bis Achtzehnjährige, also für die Zeit des Heranzetrens und des Übergangs, in der alles gärt und sprudelt, bildet die Lehrlingsabteilung einen Haß, eine Grundlage, von der aus sie ihr Weltbild gestalten können. Die Jugend bildet sozusagen das Pfand unserer Zukunft. Sollen die Gewerkschaften an Umfang, Bedeutung und Tiefe zunehmen, dann ist es unsere Pflicht, die Pflicht der Älteren, in Erfahrung bei der praktischen Organisationsarbeit Gerechten, die Jugend zu uns heraufzuziehen, ihr Freund, Berater und Lehrer zu sein und ihr so den Aufstieg zu erleichtern zur Erkenntnis der Größe der Aufgaben, die ihrer selbst und der Arbeiterklasse in Zukunft harren. Für uns speziell kommt es darauf an, die Jungbuchdrucker zu fachtechnisch brauchbaren Berufsgenossen, zu überzeugten gewerkschaftlichen Mitkämpfern und zu künftigen Trägern unserer Organisation heranzubilden. Jeder Verbandskollege sollte am Heranwachsen einer im gewerkschaftlichen Ideenkreis erzogenen Jugend lebhaftestes Interesse bekunden und sich bemühen, durch sein eignes Vorbild den Lehrlingen die Mitarbeit im Organisationsleben begehrenswert erscheinen zu lassen. In diesem Sinne ist Lehrlingsabteilung Gehilfenschaft!